



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie**

### **26. Sitzung (öffentlich)**

13. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:14 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Bericht  
der Landesregierung zu Einzelplan 14  
Vorlage 18/1410

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

**2      Wirtschaftliche Entwicklung im Industrieland Nordrhein-Westfalen                      9**In Verbindung mit:**Schlechte Konjunkturaussichten – Maßnahmen auf Landesebene** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage]*)Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1446  
Vorlage 18/1607**Sieben Punkte für eine starke Industrie in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1509

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

**3      Sozialen Klimaschutz voranbringen durch regelmäßige finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Windkraftausbau in Nordrhein-Westfalen                      32**Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4591

- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**4 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke 34**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5349

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss überein, sich nachrichtlich an dieser Anhörung zu beteiligen.

**5 Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung 35**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4278

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

**6 Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen: mehr Substanz, weniger Marketing! 36**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4589

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

- 7 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten** **37**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/5387
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an dem vom federführenden Ausschuss beschlossenen Gespräch mit sachverständigen Gästen zu beteiligen.
- 8 Landesentwicklungsplan – Bericht zum Verfahrensstand (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **38**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1584
- Wortbeiträge
- 9 Energie- und Wärmestrategie der Landesregierung (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **39**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1543
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 10 Verschiedenes** **41**
- keine Wortbeiträge

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Bericht  
der Landesregierung zu Einzelplan 14  
Vorlage 18/1410

*(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023 mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen)*

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** informiert über die Vereinbarung der Obleute, in der heutigen Sitzung den Einführungsbericht der Ministerin zu hören, gegebenenfalls inhaltliche Rückfragen oder Verständnisfragen zu stellen und erst in der kommenden Sitzung darüber zu debattieren.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** berichtet:

Die Herausforderungen, die sich momentan stellen, sind enorm. Jede für sich genommen ist bereits groß. Die Krisen stapeln sich jetzt über- und ineinander: Die Konjunktur, die Transformation – alles fällt zusammen und muss gleichzeitig bearbeitet werden. Wir werden unter Tagesordnungspunkt 2 noch näher auf die wirtschaftliche Lage Nordrhein-Westfalens eingehen.

Es ist allgemein bekannt, dass Stimmung und Wachstum sich verschlechtert haben. Diese Multiproblemlagen wirken sich selbstverständlich auch auf den Haushalt aus. Entlastungspakete, schwächelnde Wirtschaftszahlen und die Tilgung aufgenommenen Kredite zur Bewältigung der vergangenen Krisen belasten unseren Haushalt enorm. Ich möchte nichts beschönigen. Die Lage ist schlechter, als es die Gesamtsumme des Haushalts vielleicht suggerieren mag. Es ist ganz klar ein Sparhaushalt.

Wenn Sie die Tarifsteigerungen und die Inflation bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen zum vorherigen Haushalt addieren, haben Sie unter dem Strich ein Minus. Das ist die Lage, in der mein Kollege Finanzminister Optendrenk diesen Haushalt vorgelegt hat. Damit ist klar: Vom Wünschenswerten wird wenig finanziert werden können. Es geht vielmehr darum, noch die finanziellen Spielräume für das Notwendige zu finden.

Damit komme ich zum Einzelplan für das MWIKE. Auch in dem von mir verantworteten Bereich spüren wir den Druck sich verengender finanzieller Spielräume deutlich. Es muss bei unserer Mittelanmeldung von vornherein darum gehen, mit einem

effektiven und fokussierten Mitteleinsatz in den zentralen Handlungsfeldern Wirkung zu erzeugen, also sozusagen um zielgerichtete Bewässerung statt Gießkanne.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Herausforderungen bin ich froh darüber, dass wir Ihnen einen Einzelplan vorlegen können, mit dem wir in den zentralen Feldern vorankommen, bei der Transformation für neue wirtschaftliche Kraft sorgen und beim Klimaschutz bzw. bei der Energiewende nicht sparen, sondern im Gegenteil einen Aufwuchs erreichen. Das ist nötig und nachhaltig, denn die Investitionen, die wir in diesem Bereich jetzt tätigen, werden sich auszahlen – klimapolitisch ohnehin, aber auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Investitionen, die wir tätigen, werden zielgerichtet eingesetzt. Der Begriff der Investitionen wird sehr breit genutzt, ich möchte jedoch einmal dessen Kern aufgreifen: Investitionen sind nämlich kein pures Geldausgeben, sondern mit der Erwartung verbunden, dass sie etwas bewirken. Je weniger Geld wir zur Verfügung haben, desto wichtiger wird es, die Wirkung des Mitteleinsatzes zu erhöhen. Was wir in die Transformation investieren, ist mit dieser Wirkungserwartung verbunden.

Wenn wir Unternehmen – sowohl die Breite aller Unternehmen als auch Ankerbetriebe, die in nachgelagerte Branchen ausstrahlen – dabei unterstützen, in grüne Technologien, in Kreislaufwirtschaft und in die grüne Energieversorgung zu investieren, dann investieren wir in den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg und gegen die Krise. Denn jede Kilowattstunde erneuerbaren Stroms macht uns souveräner und wirkt preisdämpfend.

Sich von den fossilen Rohstoffen eines russischen Despoten abhängig zu machen, war ein fundamentaler Fehler, der sich nicht wiederholen darf. Die im Entwurf des Einzelplans 14 veranschlagten Ausgaben betragen insgesamt 1,76 Milliarden Euro. Dies bedeutet eine Reduzierung von ca. 100 Millionen Euro oder rund 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr 2023.

Die Reduzierung des Einzelplans 14 ist zum Ersten auf die geschilderten Umstände zurückzuführen, die sich in der geringer ausfallenden Steuerschätzung ausdrücken und damit den Verfügungsrahmen des Mittelvolumens verringern. Zum Zweiten wirkt sich auch das Auslaufen der EFRE-Förderperiode 2014–2020 und das gerade erst begonnene Anlaufen der neuen EFRE-Förderperiode 2021–2027 auf die Zahlen aus.

Die erforderliche Prioritätensetzung in der Haushaltsaufstellung haben wir durch Mittelumschichtungen vorgenommen, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Durch die bewirkten Umschichtungen gelingt es uns, im Jahre 2024 insgesamt 393 Millionen Euro für den Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet im Gegensatz zum Vorjahr 2023 ein Plus von rund 53 Millionen Euro.

Im Bereich „Förderung der Wirtschaft“ werden ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Hier steigt das Mittelvolumen um rund 18 Millionen Euro auf 243 Millionen Euro an. Das unterstreicht, was ich bereits sagte: Wir investieren da, wo die Aufgaben drängen, die Mittel breite Wirkung erzeugen und die Transformation voranbringen. Alles, was den Weg unseres Landes zur ersten klimaneutralen Industrieregion

Europas ebnet, ist eine Investition gegen die Krisen und für ein neues, nachhaltiges Wachstum, eine Investition in die Sicherung unseres Industriestandortes und für die Lebenschancen nachfolgender Generationen.

Die etatisierten 403 Millionen Euro im Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ sowie das Explorationsprogramm Geothermie werden für den im vergangenen Jahr eingeschlagenen Kurs wichtige weitere Anreize und Akzente setzen.

Die energieintensive Industrie steht angesichts der bekannten Wettbewerbsnachteile durch hohe Strompreise momentan unter besonderem Druck. Wir haben das verschiedentlich besprochen, zuletzt im Rahmen der Debatte über den Brückenstrompreis, dessen Einführung noch immer aussteht. Zudem hat unsere Industrie erhebliche Transformationsbedarfe, kann damit aber auch gleichzeitig ein große Transformationswirkung in Form erheblich sinkender Treibhausgasemissionen erzielen. Deshalb wird die Mittelzusage für die klimaneutrale Transformation mit einem Volumen von 200 Millionen Euro bis 2025 aufrechterhalten.

Neben dem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen „Windenergie“ und „Photovoltaik“ sind Modernisierung und Ausbau der Wärmenetze und Investitionen in Energiespeicher zentrale Ansätze, um weiterhin Fortschritte bei der Energiewende zu erzielen. Auch der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur bleibt im Fokus. Hier wurden bereits im laufenden Haushalt 2023 Projekte gestartet, die die Wasserstoffinfrastruktur in den kommenden Jahren entscheidend prägen werden.

Auch die Schwerpunktsetzung im Bereich „Geothermie“ wurde vertieft, damit hier neue Wärme- und Energiequellen gehoben werden können. Als Land werden wir unsere Kommunen zudem auch weiterhin in Sachen „Klimaschutzinvestitionen vor Ort“ im Bereich der kommunalen Wärmeplanung unterstützen. Zur Energie- und Wärmestrategie NRW werden wir unter TOP 9 weitere Ausführungen machen.

Um die Transformation und den Strukturwandel im Rheinischen Revier zusammen mit den Menschen in der Region bis 2030 erfolgreich zu bewältigen und den veränderten Rahmenbedingungen durch den vorgezogenen Kohleausstieg gerecht zu werden, haben wir das bestehende Strukturförderprogramm und damit verbundene Prozesse überprüft und umfassende Anpassungen erarbeitet.

Die Förderung des Start-up-Ökosystems wird ebenfalls fortgeführt. Start-ups leisten als Treiber von Innovation wichtige Beiträge für die Transformation. Ab 2024 wird eine Anschubfinanzierung zur Förderung der Prototypentwicklung für junge Start-ups angeboten. Mit der Förderung der Exzellenz Start-up Center.NRW, durch die Unternehmensgründungen aus den Universitäten unterstützt werden, dem Gründungsstipendium.NRW, den DWNRW-Hubs und dem Programm Scale-up.NRW sind wir in der Förderung von Gründungen und Start-ups breit aufgestellt.

Die Förderung digitaler Innovationen unter anderem in den Bereichen „Künstliche Intelligenz“ und „Block Chain“ und der Ausbau der digitalen Infrastruktur schaffen die Rahmenbedingungen und Grundlagen für den Übergang in die digitale Gesellschaft. An den höheren Förderungen für den Ausbau beim 4G- und 5G-Mobilfunk und dem Ziel flächendeckender Glasfasernetze halten wir fest.

Aktuell werden weiträumige Gebiete mit Glasfaser erschlossen, sodass die Anzahl versorgter Haushalte sowie Gewerbe- und Industriegebiete deutlich ansteigt. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen im Land wollen wir auch beim zweiten Teil der doppelten Transformation, der Digitalisierung, unterstützen. Das Programm „Mittelstand Innovativ & Digital“ wird auch im kommenden Jahr bei Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsanstrengungen in den kleinen und mittelständischen Unternehmen wirken können.

Das Wirtschafts-Service-Portal.NRW als zentrale digitale Plattform für Verwaltungsdienstleistungen steht den Unternehmen in wachsendem Umfang zur Verfügung und wird weiterhin von einem One-Stop-Shop zu einer No-Stop-Agency ausgebaut.

Die Bekämpfung der Folgewirkungen der multiplen Krisen wird nur gemeinschaftlich gelingen. Dazu benötigen wir auch eine internationale Perspektive. Der internationale Austausch zwischen Unternehmen, Forschungsinstituten, Start-ups, Politik und Verwaltung muss gestärkt werden. Die Förderung internationaler Innovationspartnerschaften und die Verstärkung unserer Außenwirtschaftsaktivitäten sind daher im Verständnis von wechselseitig förderlicher und friedlicher Kooperation relevante Bereiche.

Mit dem aufgestellten Haushaltsentwurf setzen wir den eingeschlagenen Kurs zu einer klimaneutralen Industrieregion unter schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen fort. Trotz schlechter Haushaltslage ist es uns gelungen, durch Schwerpunktsetzung und Priorisierung Investitionen in den zentralen Feldern für neue wirtschaftliche Entwicklungen zu ermöglichen. Wir investieren so, dass wir mit einem effektiven Mitteleinsatz maximale Wirkung entfalten.

Wir wollen gemeinsam den Weg zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und zu einem modernen Industrieland weitergehen, das sich mit grüner Technologie neue Chancen auf den Weltmärkten erobert und innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaftet. Mit zielgerichteter Förderung, breite Wirkung entfaltenden Investitionen und entschlossenem Gestalten von Rahmenbedingungen für Energiewende und Klimaschutz legen wir die Basis für zukünftigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. – Ich freue mich auf die weiteren Beratungen unseres Einzelplans 14 und auf Ihre Fragen und Anregungen zur Gestaltung unseres Nordrhein-Westfalens.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** weist darauf hin, die Fraktionen könnten der Vereinbarung der Obleute zufolge schriftliche Fragen bis zum 27.09.2023 um 17 Uhr über das Ausschusssekretariat an das Ministerium richten. Dieses werde das Ministerium um Beantwortung der Fragen in Form eines schriftlichen Berichts bis zum 13.10.2023 bitten. In der nächsten Sitzung am 18.10.2023 könnten die Fraktionen Nachfragen stellen und den Haushalt erstmalig beraten.



## 2 Wirtschaftliche Entwicklung im Industrieland Nordrhein-Westfalen

In Verbindung mit:

**Schlechte Konjunkturaussichten – Maßnahmen auf Landesebene** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1446  
Vorlage 18/1607

In Verbindung mit:

**Sieben Punkte für eine starke Industrie in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1509

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Kurz vor Schluss der letzten Sitzung hat sich aufgrund der Berichts-anfrage der FDP-Fraktion noch eine intensive Debatte über die herausfordernde Lage der Wirtschaft und Industrie in Nordrhein-Westfalen entsponnen. Weil wir diese nicht mehr zur Zufriedenheit aller zu Ende führen konnten, haben wir uns darauf geeinigt, den Tagesordnungspunkt heute noch einmal unter dem Titel „Wirtschaftliche Entwicklung im Industrieland Nordrhein-Westfalen“ aufzurufen, um der Debatte ausreichend Raum zu geben.

Auf Wunsch der FDP-Fraktion tun wir dies in Verbindung mit der ursprünglichen Berichts-anfrage. In der Obleuterunde haben wir uns darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt prominent nach vorne zu setzen und alternativ zum ansonsten ständigen Tagesordnungspunkt „Strukturwandel“ aufzurufen, weil viele Aspekte des Strukturwandels unter diesem TOP erfasst sind und diskutiert werden können.

Möchte das Ministerium den als Vorlage 18/1509 übermittelten Sieben-Punkte-Plan zunächst sozusagen einbringen? – Dann fängt das MWIKE wie ansonsten auch bei den ständigen Tagesordnungspunkten üblich an. Anschließend führen wir die Debatte fort.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei der Einbringung des Einzelplans 14 des Haushaltes angekündigt, dass ich unter diesem Tagesordnungspunkt gerne mit Ihnen über die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen und deren Entwicklung diskutieren will. Wie Sie alle wissen, gibt uns diese Lage gerade Anlass zur Sorge. Deswegen möchte ich in der gebotenen Kürze aktuelle Zahlen vorstellen.

Ich weiß, dass Sie in der Lage sind, das ganz konkret Erlebte in den Gesprächen vor Ort mit den Unternehmerinnen und Bürgerinnen in politische Maßnahmen zu übersetzen. Deswegen ist es wichtig, zu diesem Tagesordnungspunkt im demokratischen Streit

und Wettbewerb im besten Sinne um die besten Ideen zu ringen und damit zu zeigen, dass wir verstanden haben, was in Wirtschaft und Industrie gerade Tacho ist.

Mir ist es deshalb wichtig, den Weg zu beschreiben, der als konstruktive Krisenantwort zu gehen ist. Ich habe diesen Sieben-Punkte-Plan zur Zukunft der Industrie kürzlich als eine Art „Anpackpunktepapier“ skizziert, auf das ich mich jetzt gerne beziehen möchte.

Die Stimmung der Wirtschaft in NRW hat sich in den vergangenen Monaten weiter eingetrübt. Wirtschaftsforschungsinstitute sagen Deutschland und NRW in diesem Jahr kein Wachstum voraus. Erst im nächsten Jahr dürfte sich die Stimmung der Unternehmen verbessern und unsere Wirtschaft wieder wachsen. Sorgenkind bleibt die energieintensive Industrie. Sie schlägt sich in NRW zwar sogar besser als im Bund, der hohe Anteil der energieintensiven Industrie im Land belastet die Gesamtwirtschaft in NRW aber stärker als in den übrigen Teilen Deutschlands. Unsere chemische Industrie und die Metallerzeugung leiden derzeit besonders.

Die schlechte Stimmung hat auch die übrigen Branchen im Land erfasst. Im Handel glaubt kaum noch ein Unternehmen, die aus den weiterhin steigenden Kosten resultierenden Preise durchsetzen zu können. Aufgrund der hohen Zinsen entwickeln sich die Auftragseingänge im Bau seit knapp einem Jahr rückläufig und befinden sich derzeit auf einem Tiefpunkt. Dienstleistungen in der Logistik oder im Immobilienbereich werden von der schwachen Industrie ausgebremst.

Neben den hohen Energiepreisen machen auch der Fachkräftemangel, hohe Kosten und Regulierungsaufwände der Wirtschaft zu schaffen. Sie haben sich in den vergangenen Jahren zu einer Standortschwäche verdichtet, die sich seit einiger Zeit negativ auf die Investitionsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ausgewirkt hat. Im Bund und gerade in NRW waren die Investitionen jahrelang zu gering. Es wurde lange von der Substanz gelebt. Die Verkehrs-, Energie- und Bildungsinfrastruktur wurde nicht zukunftsfest gemacht.

Zu diesem in den vergangenen Jahren kumulierten Investitionsbedarf kommen jetzt die Anfangsinvestitionen für die Transformation. Diese werden sich klimapolitisch und finanziell rechnen, sind aber nun erst einmal zu stemmen. Allein für die Transformation in Richtung der Klimaneutralität sind 70 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen notwendig, und das jährlich. Hinzu kommt die digitale Transformation.

Ein Problem unseres Standorts ist derzeit aber die in der Vergangenheit verschleppte Energiewende mit der jahrzehntelangen Abhängigkeit von künstlich vergünstigtem russischen Gas. Mit einem früheren und engagierteren Ausbau der Erneuerbaren hätten wir diese vermeiden und uns längst einen Standortvorteil erarbeiten können.

Da sich auch die Weltkonjunktur derzeit nur wenig dynamisch entwickelt, kommen zudem kaum Wachstumsimpulse aus dem Exportgeschäft. Die exportstarke deutsche Wirtschaft spürt besonders die schwächelnde Konjunktur Chinas schmerzlich. Die Krisenkaskade aus Coronapandemie, gerissenen Lieferketten, Inflation, russischem Angriffskrieg und Energiekrise hat uns ärmer gemacht. In Deutschland wird die Wirtschaftsleistung zum Jahresende 2023 gerade mal auf dem Niveau von Ende 2019 liegen.

Positiv bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. In unserem Land waren noch nie so viele Menschen beschäftigt wie dieses Jahr. Im August hat sich die Arbeitslosenquote im Bund und in NRW saisonbedingt kaum verändert. Stabilisierend wirken inzwischen auch die Lohnerhöhungen, die mittlerweile wieder über der Inflationsrate liegen. Das stärkt den privaten Konsum, der zukünftig auch wieder die Impulse für eine wirtschaftliche Erholung setzen wird.

Die Teuerung hat den Höhepunkt inzwischen wohl überschritten und sinkt nun langsam. Im August lag die Inflationsrate in NRW bei 5,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dies lässt auf eine Normalisierung hoffen. Vor Ende 2024 ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass die Zentralbank ihr Inflationsziel von 2 % erreicht.

Diese Zahlen und Entwicklungen mögen die Größe und Verflochtenheit der Herausforderungen verdeutlichen, denen wir uns gegenüber sehen. Vieles davon hat jedoch strukturelle Ursachen, und das bedeutet auch, sich auf Strecke einzustellen – Strecke, die wir vor uns haben. Weder die hohen Energiepreise und Zinsen noch der Fachkräftemangel werden auf die Schnelle verschwinden.

Die angespannte Haushaltsslage, die ich Ihnen soeben dargestellt habe, macht die Situation natürlich nicht leichter. Umso wichtiger ist es, Kurs zu halten und die Stimmung sowie die Investitionsbereitschaft wieder zu stabilisieren. Das gilt insbesondere für die arg gebeutelte Industrie. Mit den richtigen Maßnahmen werden wir wieder verlässliche und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.

Aufgrund der sich abzeichnenden schwierigen Entwicklung hat die Landesregierung bereits im September 2022 das NRW-Krisenbewältigungsgesetz in den Landtag eingebracht und ein Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine in Gang gesetzt. Wir müssen nun aus der akuten Krisenbewältigung in einen nach vorne gerichteten Modus kommen. Unser Industrieland benötigt verlässliche Rahmenbedingungen, die Raum für Entwicklung, Transformation und Wettbewerbsfähigkeit geben.

Ich möchte einige Maßnahmen aus dem Sieben-Punkte-Plan nennen, die wir in Wahrnehmung einer gemeinsamen Verantwortung von Land und Bund ergreifen müssen.

Das Erste ist der Brückenstrompreis. Wir haben in der vergangenen Plenarsitzung dazu eine engagierte Debatte miteinander geführt. Deshalb halte ich es hier kurz. In der Aktuellen Stunde ist jedenfalls deutlich geworden, dass Nordrhein-Westfalen auch aus dem Parlament heraus mit breiter Mehrheit den Bund zum Handeln auffordert. Für dieses starke Signal möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken.

Der Brückenstrompreis beinhaltet eine Ausbaustrategie für Erneuerbare, die wir in Nordrhein-Westfalen konzentriert umsetzen. Wir treiben die Bereitstellung zusätzlicher Flächen für Erneuerbare voran, insbesondere für Wind- und Solarenergie. Mit der Überarbeitung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne werden wir hier noch mal einen deutlichen Schub erreichen. Unser Ziel, schon bis 2025 die 1,8 % der Landesfläche rechtsicher zur Verfügung zu stellen, ist allseits bekannt.

Der Ausbau der Erneuerbaren wird entscheidend dazu beitragen, dass die Marktpreise für den Strom spürbar sinken. Auch für eine Absenkung der Stromsteuer setzen wir

uns ein. Auf diese Weise würden Unternehmen in der Breite, unabhängig von ihrer Branche, Größe oder ihrem Energiekostenanteil bei den Energiekosten entlastet.

Durch die gezielte Förderung von Ankerbranchen, die den Kern einer regionalen Wertschöpfungskette bilden, machen wir nicht nur die Unternehmen selbst für die Zukunft fit, sondern stärken auch die nachgelagerten Betriebe. Das war das Motiv und der Antrieb für die höchste Einzelförderung des Landes Nordrhein-Westfalen mit bis zu 700 Millionen Euro für den grünen Stahl in Duisburg. Diese wird über das Unternehmen hinaus Effekte haben und die Transformation der Industrie beschleunigen.

Aber auch kleinen und mittelständischen Unternehmen stehen wir bei der Transformation zur Seite. Mithilfe der NRW.BANK bauen wir ein Finanzierungsinstrument auf, mit dem wir Investitionen von produzierenden und verarbeitenden Betrieben in klimaneutrale Produktion mit einem dreistelligen Millionenbetrag unterstützen. Zudem bleiben wir mit der Wirtschaft auf vielfältige Weise im Dialog. Ob Industriepakt, Zukunftsdialog Industrie, industriepolitisches Leitbild oder Chemiepipfel – wir arbeiten gemeinsam mit der Wirtschaft daran, Transformationspfade klar zu beschreiben und konkrete Umsetzungsschritte zu gehen.

Die Transformation soll auch durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren Fahrt aufnehmen. Durch qualifiziertes Personal in den Genehmigungsbehörden, digitale Lösungen und Entbürokratisierungen kann eine Beschleunigung der Verfahren gelingen. Gemeinsam mit dem Umweltministerium arbeiten wir derzeit beispielsweise an der vollständigen und medienbruchfreien Digitalisierung des Genehmigungsprozesses für Windenergieanlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Schon jetzt sind wir bei den Genehmigungen von Windenergieanlagen bundesweit führend. Auf weitere Projekte komme ich beim nachfolgenden Tagesordnungspunkt noch einmal zu sprechen.

Weil Wachstum Fläche braucht, beleben wir regional bedeutsame Brachflächen wieder neu. Das Areal gate.ruhr in Marl ist ein Paradebeispiel. Der ehemalige Zechenstandort ist heute zu einem zukunftssträchtigen, attraktiven Wirtschaftsstandort mit einer Gesamtfläche von 90 ha inklusive bester Verkehrsanbindung geworden.

Wir treiben die Fachkräfteoffensive der Landesregierung mit eigenen Aktivitäten voran. Durch die Förderung überbetrieblicher Bildungsstätten und Einrichtungen der berufsbegleitenden Ausbildung verbessern wir die Ausbildungssituation vor Ort. Um die Transformation der Wirtschaft zur klimaneutralen Produktion zu schaffen, fördern wir die berufliche Aus- und Weiterbildung mit eigenen Förderprogrammen besonders in den Transformationsberufen.

Wir unterstützen die in NRW ansässigen SHK- bzw. Kälte- und Klimaanlagebetriebe durch Prämien, damit diese Führungskräfte für Fortbildungen zu Wärmepumpen freistellen. Mit unseren Partner\*innen der Außenwirtschaft verfolgen wir zudem internationale Projekte zur Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden. Konkrete Projekte sind etwa im indischen Bundesstaat Karnataka geplant, dessen Hauptstadt Bangalore einer der weltweit führenden Tech- und Start-up-Hubs ist, sowie in den wirtschaftsstarken ASEAN-Staaten Vietnam und Indonesien.

Schließlich suchen wir in Branchendialogen gemeinsam mit der Wirtschaft Antworten auf die Fachkräftekrise. Unser Land hat eine lange Tradition als Wirtschafts- und Industriestandort. Diese Tradition wird Fortsetzung erfahren. Da bin ich mir sicher. Aber sie muss neu begründet werden. Der Beginn der Zukunft führt über die Transformation, und der Weg zur Transformation führt über Rahmenbedingungen und Unterstützung, die wir den Unternehmen geben müssen. Wir werden unsere Anstrengungen dazu konzentriert umsetzen und erwarten, dass der Bund sich ebenfalls engagiert. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank für den umfangreichen Einführungsbericht insbesondere zum Sieben-Punkte-Plan, Frau Ministerin. – Jetzt wäre der Zeitpunkt für unseren Ausschuss, über die verbundenen Tagesordnungspunkte zu beraten. Mir liegt bereits eine Meldung von Dietmar Brockes vor.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen und die Unterlagen, die Sie uns haben zukommen lassen, Frau Ministerin. – Bei Ihrer Analyse sind viele Punkte richtig. Es fehlt aber das, was Politik letzten Endes ausmacht, nämlich das Treffen richtiger Entscheidungen und richtiges Handeln. Da sehe ich leider noch nicht viel Positives.

Sie haben zu Recht gesagt, dass die Lage im Bereich der energieintensiven Industrie sehr schwierig ist, aber auch ausgeführt, dass es mittlerweile auch Handel, Bau und Logistik betrifft. Ich vermisse in Ihren Ausführungen und in den Unterlagen, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, Maßnahmen, die konkret diese Branchen entlasten.

Im Moment machen Sie im Baubereich nämlich genau das Gegenteil. Dort wollen Sie jetzt den Kies-Euro einführen, die Baukosten also noch einmal verteuern. Wir wollen in Deutschland 400.000 Wohnungen bauen. Ich gehe davon aus, dass wir etwa rund 100.000 in Nordrhein-Westfalen benötigen. Es gibt Ihrerseits keine Maßnahmen zur Entlastung der Baubranche, sondern Sie wollen sie noch zusätzlich belasten.

Genauso wollen wir Brücken und Straßen sanieren. Doch auch diese und die Erneuerbaren werden belastet. Wir durften uns vergangene Woche mit dem Wirtschaftsausschuss auch einmal ansehen, wie ein Fundament für ein Windrad aussieht. Da wird sehr, sehr viel Sand und Kies benötigt, und Sie erschweren den Bau jetzt noch. Deshalb muss ich sagen: Ich vermisse nach wie vor positive Signale von Ihnen.

Ich möchte aber auch einen positiven Punkte hervorheben, bei dem wir gerne auch zusammenarbeiten können. Das ist das Thema „Senkung der Stromsteuer“. Bei diesem Punkt können wir hier sicherlich auch eine breite demokratische Position finden.

Ich vermisse aber noch einen Vorschlag dafür, wie das gegenfinanziert werden soll. Ich würde mir wünschen, Sie nutzen Ihren Einfluss auf den Bund bzw. auf Minister Habeck, damit die Gegenfinanzierung aus dem Klima- und Transformationsfonds stattfindet, sodass wir die Breite der Wirtschaft entlasten und nicht, wie es sonst geschieht, Milliarden aus dem Fonds für einzelne, wenn auch sicherlich wichtige Ansiedlungen ausgegeben werden, also zur Subventionierung von Einzelprojekten. Da sind wir von den Freien Demokraten ganz klar bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen und der Breite der Wirtschaft, die Entlastung benötigen.

Sie haben den Masterplan Geothermie aufgeführt. Auch diesen unterstützen wir. Das ist eine Fortsetzung eines Themas, das mich seit mindestens drei Legislaturperioden – ich glaube sogar noch mehr – im Ausschuss bewegt. Auch da fehlen mir aber die konkreten Maßnahmen. Sie haben bei einer Veranstaltung – ich glaube, es war letzte Woche bei der Emschergenossenschaft – auch das Thema „Fündigkeitsrisiko“ angesprochen und gesagt, dass Sie auch dafür eine Lösung aus Nordrhein-Westfalen haben wollten.

Diese sehe ich bisher nicht, die würde ich aber gerne kennen lernen, weil ich es für ausgesprochen wichtig halte, dass wir dabei endlich weiterkommen und dieses Fündigkeitsrisiko absichern, damit die Kommunen die Geothermie bei ihrer kommunalen Wärmeplanung berücksichtigen können. Wir alle kennen den Fahrplan. Bis 2026 oder 2028 sollen die kommunalen Wärmeplanungen vorliegen. Also ist es umso dringender, dass wir jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kommunen dies in ihren weiteren Maßnahmen entsprechend berücksichtigen können.

Sie kündigen die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an – auch eine Forderung, die ich schon häufiger genannt habe. Seit über einem Jahr haben Sie die Möglichkeit zu handeln. Ich will aber auch nicht, dass wir bei den Windkraftanlagen stehenbleiben. Auch alle anderen Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen in der voll digitalisierten Version durchgeführt werden. Wie gesagt: Sie reden seit Monaten davon, dass es erarbeitet werde. Aber leider sehen wir nichts, und die Zeit drängt, wie Sie in Ihrem Bericht selbst deutlich gemacht haben.

Große Enttäuschung sehe ich auch beim gesamten Thema „Bürokratieabbau“. Da ist noch nichts umgesetzt. Sie zitieren Ihren Koalitionsvertrag. Aber wenn etwas im Koalitionspapier steht, bedeutet das noch nicht, dass es umgesetzt wäre. Es ist ja noch nicht mal angegangen. Das ist viel zu wenig. Da muss viel mehr kommen.

Auch dass Sie dann zum wiederholten Male den gegründeten Arbeitskreis nennen, ist super toll, aber dieser Arbeitskreis sollte jetzt auch endlich konkrete Punkte hervorbringen. Die müssen in die Umsetzung, und erst dann zählt es. Mit einem Arbeitskreis ist der Wirtschaft noch in keiner Weise geholfen.

Insgesamt muss ich sagen: Einige gute Vorschläge, wenig eigene Initiative, wenig, was wirklich konkret gemacht wird, sondern mal wieder auch in vielen Bereichen ein Fingerzeit nach Berlin. Dort müsse man machen. Das ist mir für ein Landeswirtschaftsministerium im größten deutschen Bundesland viel zu wenig.

Noch zwei Fragen: Wann genau können die Antragsteller mit einem komplett digitalen Antragsverfahren für Windkraftanlagen rechnen? Wann werden Sie den Punkt aus Ihrem Koalitionsvertrag zum Thema „Bürokratieabbaumaßnahmen“ konkret umsetzen? Wann kommt dazu endlich eine Initiative der Landesregierung? – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank. – Mir liegen nun auch aus den übrigen Fraktionen Meldungen vor. Ich zitiere kurz die Reihenfolge und rufe Sie dann der Reihe nach auf: Zunächst wären das Herr Matzoll, Herr Stinka, Herr Franken und dann Herr Loose. – Herr Matzoll für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Ministerin, vielen Dank für die Vorstellung. Ich muss diesen Sieben-Punkte-Plan jetzt nicht noch einmal wiederholen. Das hat Mona Neubaur gut vorgestellt. Ich möchte aber betonen, wie strukturiert, ganzheitlich und nachhaltig sowie verknüpft mit europäischer und Bundespolitik das Ministerium agiert, um der Wirtschaft und insbesondere der Industrie in Nordrhein-Westfalen in der Krise zu helfen und gleichzeitig nicht nur die Weichen für die Transformation zu stellen, sondern auch die Züge aufs Gleis und in Bewegung zu setzen.

Genau diesen Pragmatismus und diese Klarheit brauchen wir in dieser Krise. Die Grünen zeigen aktuell im Land und auch im Bund, dass wir wirtschaftspolitisch nicht ideologisch, sondern sehr zielorientiert unterwegs sind. Die Heftigkeit der Auswirkungen der aktuellen Krisen kann eben nicht mit Musterlösungen von früher angegangen werden, sondern erfordert ein offenes Ohr für die Notwendigkeiten unter anderem der Industrie, des Mittelstands, des Handels und der Soloselbstständigen.

Gerade das zeichnet diese Landesregierung und Mona Neubaur aus. Auch ich bin viel im Land unterwegs und spreche mit vielen Unternehmen, mit Betriebsräten und Selbstständigen. Gestern war ich beim IG-Metall-Ausschuss der Gießerei- und Schmiedeiindustrie. Ich habe noch keine einzige Stimme vernommen, die sich Herrn Pinkwart als Wirtschaftsminister zurückwünschte. Das mag bei der IG-Metall vielleicht nicht überraschen, aber auch bei Unternehmen habe ich das bisher kein einziges Mal gehört, sondern ganz im Gegenteil sind ganz viele Entscheiderinnen und Entscheider der Wirtschaft gerade aufgrund der Krise sehr froh darüber, dass mit Mona Neubaur eine so offene und gleichzeitig pragmatische Person am Ruder ist.

Dieser Pragmatismus und dieses offene Ohr für alle, die den Laden hier am Laufen halten und gerade um ihr Leben kämpfen, vermisse ich ehrlich gesagt gerade bei der FDP. Das ist gerade auch in dem Beitrag von Dietmar Brockes wieder deutlich geworden. Ich vermisse den leider auch immer noch bei unserem Bundeskanzler, wenn auch nicht bei der SPD in Gänze. Ich weiß, die SPD-Fraktion, zumindest der Fraktionsvorstand, hat sich sehr deutlich zum Brückenstrompreis positioniert. Ich hoffe auch, dass sich da etwas bewegt. Aber bisher sind der Bundeskanzler und die FDP dabei leider nicht an unserer Seite.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wäre ich auch nicht!)

Ich habe kein Interesse an der ewigen Nach-Berlin-zeige-Rhetorik, weder von der einen, noch von der anderen Seite. Neben der Bürokratiebelastung – ganz wichtiges Thema; das hat Frau Neubaur ja auch angesprochen – und dem Fachkräftemangel sind es eben vor allen Dingen die Energiepreise in diesem Land, die den energieintensiven Unternehmen und damit auch der gesamten Wertschöpfungskette sowie dem Wohlstand in Nordrheinwestfalen zu schaffen machen.

Das betrifft andere Bundesländer nicht in dieser Härte. Gleichzeitig liegt aber eben – da bleibt uns nichts anderes übrig, als nach Berlin zu zeigen – die eigentliche Verantwortung für die Einführung eines Brückenstrompreises auf Bundesebene. Man muss einfach feststellen, dass Christian Lindner und Olaf Scholz nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens handeln. Da geht es auch nicht um regionalen Egoismus, also darum zu sagen: Die sind irgendwie nicht für uns, die sind für andere. Vielmehr bricht ohne

den Industriestandort Nordrhein-Westfalen eben auch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ganz ehrlich: Grüne sind in Land und Bund in Regierungsverantwortung. Ich bin der Letzte, der gerne nach Berlin zeigt. Aber ich habe großes Vertrauen darin, dass diese Landesregierung alles dafür tut, dieses Land wirtschaftlich wieder nach vorne zu bringen. Bei der Bundesregierung muss dieses Vertrauen erst wieder ein bisschen wachsen. Ich hoffe, dass die SPD dabei im Bund an unserer Seite ist und dafür sorgt, dass der Brückenstrompreis kommt. Damit wäre auch ein ganz wichtiger Schritt geschafft, um wieder nach vorne zu kommen. – Danke schön.

**André Stinka (SPD):** Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Ich will noch mal auf das eingehen, was Herr Matzoll soeben in Bezug auf die Diskussion zu vielen Fragen, unter anderem zum Brückenstrompreis, gesagt hat. In der vergangenen Woche hatten wir darüber eine Auseinandersetzung in der Plenardebatte.

Sie sagen, wir sollten nicht nach Berlin gucken und sollten hier etwas machen. Es ist sinnvoll, dass wir hier diesbezüglich viele Fragen diskutieren. In der Plenardebatte habe ich ausgeführt, dass gerade die CDU auch in der Frage des Brückenstrompreises sehr gespalten ist und Politikerinnen und Politiker mit hohem Einfluss in Nordrhein-Westfalen deutlich machen, dass sie das nicht mittragen. Das finde ich ganz spannend für eine Regierung, die sich hier als Zukunftscoalition darstellt.

Wir können uns gerne in diesen Gräben bewegen. Ich glaube aber – das ist auch die Auffassung der SPD-Landtagsfraktion –, dass das im Moment wenig hilft. Wir sind in einem Diskussionsprozess zu schwierigen Fragen.

Die Rheinische Post hat letzte Woche berichtet –, dass sich Frau Neubaur im Zusammenhang mit der Übernahme von Covestro zu den Fragen der aktiven Standortpolitik, unter anderem dazu, ob wir einen Staatsfonds brauchen, nicht habe äußern wollen. Ich glaube – auch die Ministerin hat es soeben deutlich gemacht –, dass momentan viele Fragen auf uns einprasseln, bei denen sich ein schnelle Antwort schwierig gestaltet.

Ich hätte mir gerade bei Covestro gewünscht, dass die Landesregierung – die Überlegungen haben wir als Landtagsfraktion schon in der letzten Wahlperiode eingebracht – endlich erkennt, dass wir einen Transformationsfonds ernsthaft diskutieren müssen. Die Ministerin hat vorhin die Aufwendungen in Höhe von 70 Milliarden Euro pro Jahr für die Transformation erwähnt. Das sagt hier in dieser Runde jeder.

Wer Unternehmerinnen und Unternehmer im energieintensiven Mittelstand besucht – gerade solche, die sich für die Zukunft aufstellen wollen –, erlebt, dass die Eigenkapitalquote krisenbedingt deutlich zurückgegangen ist. Das ist kein Wunder. Die Investitionsbereitschaft wird durch zwei Dinge gehemmt, nämlich zum einen durch die mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven und die Aussichten auf die Zukunft, die gerade beschrieben worden sind, und zum anderen durch die Preissteigerungen.

Deswegen will ich seitens der SPD-Landtagsfraktion noch einmal deutlich für die Debatte über den Transformationsfonds werben. Wir wissen doch alle, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer diese Sicherheiten brauchen. Wir glauben auch daran,



dass wir in Nordrhein-Westfalen die notwendigen Technologien vorhalten, um in diese Klimaneutralität, in diese Phase des effizienten Umgangs mit Energie zu kommen.

Sie haben angedeutet, dass Sie durchaus Finanzierungsnotwendigkeiten sehen. Mit dem Verweis auf Förderprogramme von KfW und NRW.BANK springen Sie aber unse-res Erachtens zu kurz und gliedern sich nur an bestehende Bundes- und Landesför-derungen an. Die Debatte um einen Transformationsfonds ist entscheidend, um in die-ser schwierigen Situation für Klarheit in der Wirtschaft zu sorgen und deutlich zu ma-chen, dass wir – also Staat, Institutionen und Wirtschaft – die Herausforderungen, die sich aufgrund der Klimaschutzgesetzgebung ergeben, nur gemeinsam meistern können.

Die Schwierigkeiten, die wir jetzt benennen, sind durch den Überfall Putins auf die Ukraine sicherlich beschleunigt worden. Aber – der eine oder andere wird sich nicht so gerne daran erinnern – schon als sich erste Verdunkelungen der wirtschaftlichen Basis gezeigt haben, haben wir dazu einen Antrag gestellt und eine Anhörung durchgeführt.

Wer die Anhörung vom Februar diesen Jahres Revue passieren lässt, stellt fest, dass zwei Punkte schon länger die Schwäche von Nordrhein-Westfalen ausmachen. Der DGB hat nämlich ausgeführt, dass es hier seit mehreren Jahren Abwanderungen, aber kein günstiges Investitionsklima und keine zielgerichtete Technologieförderung gibt.

Sie haben das Thema „Fachkräfte“ angesprochen. Damals in der Anhörung wurde schon deutlich, dass dieses frühzeitig mit einer Qualifizierungsoffensive angegangen werden müssen. Sie haben gerade die Fachkräfteoffensive der Landesregierung er-wähnt. Wenn ich mir die Inhalte dazu durchlese, macht es mir nicht den Eindruck, als würde diese mit besonderem Nachdruck organisiert.

Sie haben herausgestellt, dass wir eine besondere Krisensituation haben. Das ist auch richtig und dem wird auch niemand hier im Haus widersprechen. Aber wenn diese Krise da ist, erwartet die SPD-Landtagsfraktion, dass die Dinge deutlicher nach vorne getragen werden und klar wird, dass diese Fachkräfteoffensive in der Landesregierung eine deutliche Relevanz hat. Das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ muss vorangebracht werden, ist aber im Haushalt erneut unterfinanziert.

Das sind ganz konkrete Punkte, an denen zwar klar wird, dass die schwierige wirt-schaftliche Lage erkannt wird, nicht aber, wie wir konkret darauf reagieren. Es ist schön und gut, in blumigen Worten aufzuschreiben, wie wichtig uns das alles ist. Aber ich schließe mich Herrn Brockes an: Es muss konkret werden.

Sie reden vom Dialog mit der Industrie. Ich hoffe darauf, dass das Ministerium den immer führt. Sie haben IN4Climate.NRW an Ihrer Seite. Wie oft findet der Austausch mit dem Thinktank statt? Gibt es vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage stärkere Impulse? Wird der Austausch intensiviert? Das hätte ich mir bei dieser Lage gewünscht.

Wie konkret ist die Zusammenarbeit zum Thema „Fachkräfte“ mit dem Arbeitsministe-rium? Die Mittel der letzten Jahre reichen bei Weitem nicht mehr aus. Wir sprechen schon seit zehn Jahren über die Fachkräfteoffensive, sind aber trotzdem in dieser schwieri- gen Situation. Deswegen fehlt uns eine Schwerpunktsetzung und – Sie haben es schon angesprochen – ein Geist, der deutlich macht, dass diese Krise jetzt auch

angegangen wird. Diese Punkte wollten wir als SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund gerne in die Debatte einbringen.

**Björn Franken (CDU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte verläuft wie üblich, sie wird aber dem tatsächlichen Krisenniveau nicht gerecht. Was ich von der Opposition an Vorschlägen höre, ist das, was immer da war. Ich höre etwas von dem Fonds, der anscheinend alle Probleme über Nacht lösen kann. Wir wissen, dass das überhaupt nicht der Fall ist und auch eine dirigistische Lenkung aus Düsseldorf die aktuellen Herausforderungen in unterschiedlichen Bereichen sicherlich nicht lösen kann.

Die Fachkräfteoffensive wird von Karl-Josef Laumann angesprochen. Lauschen Sie ihm gerne einmal im entsprechenden Ausschuss oder in seinen Interviews, um zu erfahren, was dort unter anderem zum Thema „Abschlussanerkennung“ getan wird. Er ist mit Hochdruck dabei.

Ihnen zufolge fehlt das Erkennen und das klare Angehen der Krise. Ich weiß nicht, ob Sie die Überschrift des TOP 2 und den Sieben-Punkte-Plan der Ministerin bzw. der Landesregierung gelesen haben, der eben genau darauf einzahlt. Ein solcher Plan ist keine Sonntagsrede, bei der man sagt: Es hört sich alles schön an, damit kann man suggerieren, dass etwas getan wird. – Vielmehr werden darin konkrete Punkte genannt.

Zum einen muss man eine Berliner Perspektive, also Dinge, die nur Berlin lösen kann, von Dingen trennen, die wir hier in Nordrhein-Westfalen regeln können. Es freut mich, dass viele Punkte aufgegriffen sind, weil immer der Vorwurf kommt, wir würden nur auf Berlin zeigen – nach dem Motto: Das ist schönes, politisches Gerede, aber inhaltlich völliger Quatsch.

Die gezielte Förderung von Ankerbranchen ist ganz zentral. Wenn einzelne Bereiche wegfallen, ist nämlich die Wertschöpfungskette dahinter gefordert. Deswegen ist es so wichtig, dass man genau hinguckt. Das ist erkannt worden. Wir reden nicht nur über die großen Player, über die großen Unternehmen und Konzerne, sondern auch über gezielte Maßnahmen für kleine und mittelständische Unternehmen. Auch das haben wir mit dabei.

Die Taskforce zur Ausbaubeschleunigung, die sich einfindet, um die Dinge im Einzelnen konkret voranzutreiben, damit wir hier Stück für Stück weiterkommen – auch konkrete Ideen aus Nordrhein-Westfalen. Gut ist auch der Ansatz, die vorhandene Infrastruktur zu nutzen und sie für neue Technologien umzuwidmen, um nicht alles neu- oder überbauen zu müssen. Alles das sind wichtige Ansätze. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das aufgeschrieben haben, Frau Ministerin.

Es hat auch in der Wirtschaft sehr guten Anklang gefunden. Den Gesprächen zufolge, die ich oder meine Kollegen in der letzten Zeit geführt haben, ist man dort beruhigt, dass wichtige Dinge angesprochen worden sind. Insofern ganz herzlichen Dank. Unser Ministerpräsident gibt im Grunde auch im Wochentakt Meldungen dazu heraus, wie man der Krise begegnen kann, was Lösungsansätze sein können und was er konkret vorantreibt, damit wir schnell über dieses Tal hinwegkommen.

Wir haben aber auch eine Berliner Perspektive. Das kann man nicht ganz mit irgendwelchen Fondslösungen oder sonstigen Dingen überspielen. Wir brauchen schnelle Entscheidungen. Das hört man im Moment überall, und das ist auch logisch, wenn eine Krise gerade den Höhepunkt erreicht. Nur Berliner Mittel aus den großen Geldtöpfen können helfen, schnelle Lösungen zu produzieren.

Zum Brückenstrompreis. Vielen Dank, dass wir dabei an einer Seite kämpfen. Entscheidend ist doch, dass wir uns jetzt nicht im Klein-Klein verzetteln. Wir brauchen einen Brückenstrompreis bzw. einen Industriestrompreis oder einen Transformationsstrompreis – welches Etikett auch immer Sie jetzt draufkleben –, dabei ist entscheidend, dass wir am Verhandlungstisch nicht sagen, wir müssten die Branchen einschränken, die Fördermittel kofinanzieren, und damit das gesamte System verwässern.

Nein wir brauchen einen echten Brückenstrompreis, der diesen Namen auch verdient und keine Verhandlungslösungen, die nachher in der Koalition zwischen Kanzler Scholz und Herrn Lindner irgendwie heruntergespielt werden. Es braucht ein klares Bekenntnis aus Berlin dazu.

Auch die Senkung der Stromsteuer ist ein ganz wichtiger Ansatz, weil wir viele Dinge auf Strom umstellen und das ein ganz wichtiger Zukunftsbeitrag in diese Richtung ist.

Was den Brückenstrompreis angeht, ist die Union klar. Das darf ich noch nachtragen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Merz auch?)

– Lieber Kollege Brockes, die Sauerländer Erklärung ist vor Kurzem geschlossen worden und macht klar, wie die Bundestagsfraktion diesbezüglich tickt. Lesen Sie die Sauerländer Erklärung. Dann können Sie sehen, wer aus der Region kommt und wer sicherlich mit am Tisch saß. Insofern tropft auch das an uns ab.

Es braucht schnelle, klare Entscheidungen in Berlin und ein klares Bekenntnis. Die großen Hebel, die etwas ändern können, werden in Berlin und weniger hier betätigt. Wir können nur den Druck machen und im Bundesrat agieren. Das machen wir mit Volldampf. Ich danke nochmals für die klaren Punkte, für diese klaren Vorschläge der Landesregierung dazu, wie wir aus der Krise kommen.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben gerade, wie eine Landesregierung die wirtschaftlichen Daten völlig ignoriert. So werden Inflationsraten von mehr als 5 % von Ihnen als ein Zeichen für eine Normalisierung benannt, Frau Ministerin.

Die Betriebsschließungen der Unternehmen werden völlig unterschlagen. In Neuss schließt die Aluminiumhütte, in Hagen werden bei einer Papierfabrik 20 % der Belegschaft entlassen, und thyssenkrupp entlässt 11.000 Menschen. All diesen Firmen ist eines gemein: Es sind energieintensive Firmen. Man könnte die Liste noch beliebig um Betriebsschließungen und Verlagerungen erweitern. Das alles hat jedoch nichts mit der Landesebene zu tun. Nein, es gibt sogenannte Multiproblemlagen, wie Sie eben ausführten, Frau Ministerin.

Es sind aber keine Multiproblemlagen, sondern die selbstgemachten Krisen, die unser Land leiden lassen. Allein die hohen Energiepreise, die durch das Abschalten günstiger

und versorgungssicherer Kraftwerke explodieren, während die Strompreise vor der Abschaltorgie und dem CO<sub>2</sub>-Irrsinn an der Börse bei etwa 4 Cent lagen und damit bei 5 Cent für die energieintensive Industrie.

Letztere würde von einer Stromsteuersenkung gar nicht profitieren, weil sie von der Steuer schon größtenteils befreit ist. Die Industrie zahlte also etwa 5 Cent pro Kilowattstunde. Nun liegen die Preise dank der Leistungen der Regierung bei mehr als 11 Cent pro Kilowattstunde und die Industriestrompreise bei 12 Cent und mehr. Das ist schon die untere Grenze.

Man muss mir natürlich nicht glauben, aber schauen Sie doch einfach auf die Webseite des Graichen-Clans von der Agora Energiewende. Da kann jeder – vor allem auch jeder Unternehmer – das Ganze sehen. Nehmen wir nur einmal die letzten zwei Tage. Das können Sie sich mal anschauen: Der niedrigste Strompreis an der Börse betrug da 8,6 Cent, der höchste Preis am 11.09.2023 betrug 52,4 Cent. Am 12.09.2023 waren es 28,4 Cent pro Kilowattstunde. Da kommen Sie mit 6 Cent pro Kilowattstunde, die die Industrie angeblich zahlen soll. Das ist völlig illusorisch. Was Sie dort kreieren wollen, wird ein absoluter Subventionssumpf.

Durchgängig musste an diesen beiden Tagen mehr Strom importiert werden, als exportiert wurde. Zeitweise mussten mehr als 11 GW importiert werden. Denn wenn Sonne und Wind nicht ausreichend liefern, können Sie vielleicht eine Lampe anschalten und versuchen, die PV-Anlagen damit zu betreiben, und beim Wind probieren, ein bisschen mehr zu pusten, aber das funktioniert doch alles nicht.

Wir hatten gestern Abend um 19 Uhr etwa 4 GW an Onshore- und Offshorewindenergie und Sonnenenergie. Genau da entstehen ja die hohen Preise, egal ob Sie nun 1.000 oder 10.000 mehr Windräder bauen. Wenn der Wind nicht weht, funktioniert es halt nicht. Damit werden Sie in Europa zum Bittsteller bei den anderen Ländern und müssen dann darauf vertrauen, dass Länder wie Frankreich oder Polen Ihnen Kernkraft- oder Kohlestrom liefern.

Es zeigt sich angesichts der fortschreitenden Abwanderung der Industrie, dass nicht die Transformation die Schicksalsfrage ist, Frau Ministerin. Nein, die Ergebnisse dieser blind vorangetriebenen Transformation stellen die Schicksalsfrage für unsere Unternehmen und für unsere Nation dar. Die Unternehmen transformieren nicht etwa ihre Produktion, sondern sie transformieren sich selbst Stück für Stück ins Ausland. Man kann das bei BASF sehr gut erleben. Es wird in Deutschland nahezu nichts mehr investiert. Man hält nur noch die Fabriken aufrecht. Neue Projekte entstehen dann in China.

Da helfen auch keine Dauersubventionen für einen sogenannten Industriestrompreis. Zumal die Regierung nicht einmal weiß, bis zu welchem Jahr diese Brücke gelten soll, Frau Ministerin. Wir waren vor einer Woche bei einem Windkraftbetreiber, der erklärte, dass er nun über 20 Jahre eine garantierte Vergütung in Höhe von 9,4 Cent pro Kilowattstunde bekomme.

Da sind die aktuellen Engpasskosten von 4 Milliarden Euro noch nicht drin. Vor zehn oder 15 Jahren waren wir da bei nahezu null, es waren ein paar Millionen Euro. Auf die produzierte Menge von Wind- und Solarstrom macht das alleine schon zwei Cent pro Kilowattstunde aus. Dazu kommen die 200 Milliarden Euro, die Amprion und

andere Netzbetreiber investieren müssen, und das nicht etwa, um die Engpasskosten auf null zu drücken: Nein, damit sollen die Engpasskosten bei nur 4 Milliarden Euro gehalten werden. Das sind umgerechnet noch einmal fünf Cent pro Kilowattstunde. Damit haben Sie noch keinen Speicher und kein Gaskraftwerk gebaut.

Was ist eigentlich mit den Kraftwerken, die Sie ankündigen bzw. RWE ankündigen soll? RWE hat erklärt, dass es diese Kraftwerke nur baut, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Frau Ministerin, zwei Fragen: Ist der Bau von Gaskraftwerken aktuell wirtschaftlich? Können Sie uns ein einziges industriell betriebenes Kraftwerk auf der Welt nennen, welches zu 100 % mit Wasserstoff betrieben wird? Denn das ist die Transformation, die Sie uns vorreden wollen. Da Sie ständig mit den Unternehmen reden, wie Sie betonen, dürfte es ein Leichtes sein, diese beiden Fragen zu beantworten.

Kommen wir zu den Kosten von Windenergie- und PV-Anlagen zurück. Mit ihrer Brücke, zu der Sie irgendwann hinwollen, liegen wir, wenn man die Kosten für Back-ups auch noch mit einrechnet, bei Systemkosten von mehr als 20 Cent pro Kilowattstunde. Die Industrie wird dann, wenn Sie die Stromsteuer und alles andere senken, mindestens 21 Cent zahlen müssen, es sei denn, Sie sagen: Die Industrie zahlt überhaupt nichts mehr an Netzkosten und an Systemkosten, sondern irgendeinen willkürlichen Preis. Dann muss aber jemand anders in Deutschland bezahlen – die Bevölkerung oder die kleinen Unternehmen.

Das wissen auch die Unternehmer. Genau deshalb wird die energieintensive Industrie das durchrechnen und nichts mehr in Deutschland investieren, was sich nicht innerhalb von drei oder vier Jahren amortisiert hat.

Es werden keinerlei längerfristige Projekte mehr gemacht, es sei denn, Sie werfen denen Milliarden Euro in den Rachen, so wie Sie es jetzt bei thyssenkrupp gemacht haben: mehr als 2 Milliarden Euro und das nicht etwa, um die Produktion zu verbessern. Dabei kommt kein besseres Produkt heraus, sondern das gleiche, nur wird es dann mit Wasserstoff hergestellt. Sie haben also keinen Innovationsschub, kein neues besseres Produkt, sondern Sie ändern nur das Produktionsverfahren in ein teureres Verfahren um.

Natürlich bleiben noch Industriezweige, die von dem Zwang profitieren, den Sie zum Beispiel durch das Heizungsgesetz auf die Bürger ausüben. Wenn Sie Leute zu Wärmepumpen zwingen, werden die Firmen, die Wärmepumpen herstellen, natürlich bleiben. Das ist dann eine Branche, die davon noch leben wird. Die anderen aber, die ins Ausland abwandern können, werden das auch tun.

Unter Punkt 4 Ihres Plans wollen Sie zudem noch den Naturschutz schleifen und die Umweltverträglichkeitsprüfungen für sogenannte klimaneutrale Technologien entfallen lassen. Das ist schon ein starkes Stück für eine ehemals grüne Partei. Sie haben versorgungssichere Kraftwerke abgeschaltet und damit die Stromkosten verteuert, es werden keine Speicher und keine Gaskraftwerke gebaut. Die Unternehmen, liebe Frau Ministerin, können das sehen. Sie können rechnen und werden das bei ihren Entscheidungen über den Verbleib in NRW berücksichtigen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Damit haben wir die erste Runde der Aussprache abgeschlossen, aber gleichzeitig auch eine Menge an Fragen gesammelt. – Frau Ministerin

Neubaur, ich würde Ihnen dann Gelegenheit geben, auf die verschiedenen Punkte und insbesondere auf die Fragen einzugehen.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit dem letzten Beitrag an. Dem Ernst, der für die Menschen, für Unternehmerinnen und Unternehmer, für die Beschäftigten, für die Jugendlichen, für die Rentnerinnen und Rentner im Alltag jeden Tag Realität ist, sollten wir mit einer Debatte auf der Grundlage von Fakten und nicht von durcheinandergewirbelten Behauptungen begegnen. Deswegen würde ich gerne den Vertreterinnen und Vertretern der staatstragenden Fraktionen für die konstruktiv-kritischen Hinweise danken, auf die ich gerne Bezug nehmen möchte.

Herr Brockes, Sie haben die Frage gestellt, inwiefern wir aus dem Wirtschaftsministerium heraus ausreichend Unterstützung im Bereich „Bau“ bieten. Ich kann Ihnen sagen – das ist Ihnen auch bekannt –: Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir gemeinsam mit der Kies-, Sand- und Betonindustrie den Weg in Richtung klimaneutraler Beton-, Baustoff- und Rohstoffproduktion über ein Paket aus Degressionspfad, der Erhöhung der Absatzmöglichkeiten von Sekundärbaustoffen, der Einführung eines Rohstoffmonitorings und einer Rohstoffabgabe ebnen wollen.

Dafür sind wir mit den Verbänden, mit den Unternehmen im engen Austausch. Genau das ist die Logik unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben verstanden, dass wir neue Wege gehen und versuchen müssen, in der Vergangenheit nicht getätigte Investitionen nun anzureizen.

Zu der Frage, was wir als Landesregierung konkret im Bereich „Wohnungsbau“ machen, müsste ich Sie an meine dafür zuständige Kollegin Frau Scharrenbach verweisen. Ich kann aber sagen: Wir geben zum Beispiel Anreize dafür, dass Baustellen nicht stillgelegt werden, sondern dort weiter gebaut wird. Aber das ist die Zuständigkeit der Wohnungsbauministerin und nicht die der Wirtschaftsministerin.

Zu der Frage zur Stromsteuer und zum Brückenstrompreis. Ich könnte Ihnen jetzt sagen: Aber der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister. – Und Sie könnten sagen: Aber der Habeck.

Ich weiß aber aus den Rückkopplungen mit Wirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel – Sie können nehmen, wen Sie wollen – : Es geht um die Planungssicherheit der Unternehmen, also um die grundsätzliche Entscheidung des Ob durch Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium und darum, wie man es schafft, den Zeitraum zu überbrücken, bis der Anteil der erneuerbaren Energien auf 80 % ausgebaut ist.

Die Unternehmen wissen nämlich, welche Stärken dieser Wirtschaftsstandort hat. Nehmen wir nur die Tatsache, dass dieses Land in dieser Bundesrepublik Rechtsstaatlichkeit garantiert und man sich darauf verlassen kann: Was beschieden ist, bleibt dann auch so – anders, als das in Staaten mit autoritärer oder diktatorischer Führung ist.

Lassen Sie uns also mit den Möglichkeiten, die wir im Bund haben, gemeinsam einfordern – das ist kein Zeigen nach Berlin, sondern das bedeutet, dass ich meinerseits Berlin die Hand reiche –, dass das „Ob“ klar ausgesprochen und für das „Wie“ eine Lösung gefunden wird.

Weil der Bund in Sachen „Fündigkeitsrisiko“ leider noch nicht an dem Punkt ist, der uns zugesagt wurde, haben wir uns entschieden, eine eigene landesseitige Ausgestaltung dieses Risikos bzw. eines Fonds dazu zu entwickeln. Damit werden wir nicht innerhalb von zwei Wochen fertig, weil es einen Fündigkeitsrisikofonds einfach noch nirgends gibt. Es wird daran aber ebenso intensiv gearbeitet, wie an der Unterstützung der Kommunen bei der Ausweitung der Wärmeplanung. Uns ist klar, welche Schätze an erneuerbarer Energieversorgung in der Tiefengeothermie liegen. Wir gehen jetzt selber voran, weil der Bund Zusagen nicht eingehalten hat.

Zu Ihrer Frage nach der Entbürokratisierung. Ohne Zweifel besteht ein Bedarf, sich anzugucken, wie wir rechtsstaatliche Standards und regelhaftes Verwalten der Vorgänge erhalten, sodass alle weiterhin sicher sein können, dass Recht ist, was sie beantragt haben und was ihnen dann zugestanden wurde.

Wir müssen es schaffen, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger beizubehalten, Schutzgüter wie zum Beispiel Lärmschutz für Anwohnende, Umwelt- und Naturschutz – wir sprechen ja über planetare Grenzen – zu berücksichtigen und zugleich intelligenter zu planen und zu genehmigen, um dadurch schneller zu werden.

Die Strategische Umweltprüfung als Grundlage für Genehmigungen im Bereich von Energie und Energieinfrastruktur ist eine kluge Antwort darauf, die über den Bund von der Europäischen Union kommt, die wir von Anfang an auch wohlwollend begleiten und jetzt umsetzen werden.

Ich würde Ihnen gerne drei Beispiele nennen, anhand derer wir in der Frage der Beschleunigung ganz konkret zeigen wollen, wo sich Dinge in Nordrhein-Westfalen ändern. Denn – das sei allen Vorgängerregierungen und allen Vorgängerwirtschaftsministern und -ministerinnen zugestanden – vorgenommen haben sich das jeweils alle. Alle merken, dass die unterschiedlichen politischen Ebenen nicht immer dazu beitragen, die Dinge schneller zu machen. Lieber Herr Brockes, auch Sie werden es aus den vergangenen Legislaturperioden kennen, dass man sich vieles vorgenommen hat, aber am Ende im Ergebnis immer noch jede Menge zu tun ist.

Für das Vorhaben „Netzverstärkung zentrales Ruhrgebiet“ – Nummer 91 im Bundesbedarfsplangesetz – wurde die voraussichtliche Verfahrensdauer der einzelnen Verfahrensschritte durch den Verzicht auf die Raumordnung, die Zuständigkeitskonzentration bei einer Bezirksregierung und die Anwendung der Beschleunigungsgesetzgebung des Bundes zu Lärmgrenzwerten um 1,5 bis 2 Jahre verkürzt. Das meine ich damit, wenn ich davon sprechen, die Dinge intelligent miteinander ins Schwingen zu bringen, um schneller zu werden.

Das zweite Beispiel ist der nächste Konverterstandort. Der erste Spatenstich ist erfolgt. Sie erinnern sich. Unter der Vorgängerregierung war das in Meerbusch-Osterath nicht möglich. Der nächste Konverterstandort wurde von Amprion einvernehmlich erworben. Das war möglich, weil es sich um einen Kohlekraftwerkstandort handelt. Die Verfahrensdauer kann aufgrund der Widmung der Fläche und der Netzlage erheblich verkürzt werden.

Die Umstellung von Genehmigungs- auf Anzeigenverfahren beschleunigt erheblich den Bau der ersten Wasserstoffleitung und die Umstellung einer bestehenden Leitung

im Westmünsterland. Damit werden wir das neue Energiewirtschaftsgesetz erstmalig für Wasserstoff anwenden.

Wo wir also Möglichkeiten sehen, die Gesetzgebung des Bundes zum Nutzen der Beschleunigung umzusetzen, tun wir das in dieser Landesregierung. Das tun auch meine Kolleginnen und Kollegen sehr konzentriert und mit sehr viel intrinsischer Motivation, weil wir uns etwas vorgenommen haben, weil wir liefern wollen und das auch schrittweise tun.

Wer irgendjemandem da draußen sagt: Wir ergreifen diese eine Maßnahme, wir legen diesen einen Hebel um, dann sind alle Probleme – ich nenne sie Stapelkrisen – mit einem Schlag erledigt, der führt Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in die Irre. Jeder und jede, der oder die das tut, weiß doch auch ganz genau, dass es so ist.

Deswegen heißt es im Sieben-Punkte-Plan: Wir verbinden konkret die Punkte, die wir aus Landessicht umsetzen können, zum Beispiel mit einer Bürokratieentlastungsoffensive, einem Paket, das federführend in der Staatskanzlei koordiniert wird. Wir als Wirtschaftsministerium bitten die Industrie- und Handelskammern, unternehmer nrw, die Gewerkschaften und die, die im Dienstleistungssektor unterwegs sind: Nennt uns konkret die Punkte, mit denen wir entlasten können, damit wir sie konkret prüfen und dann abwägen und entscheiden können.

Das haben wir uns nicht nur vorgenommen, sondern das ist Realität. Es wird in der Staatskanzlei koordiniert. Wir wollen liefern. Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehört es eben auch, so einfach, so unkompliziert, so barrierefrei und so digital wie möglich zu genehmigen.

Diese Kooperationsplattform zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium bezüglich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen soll kein einmaliges Aushängeschild sein, sondern wir haben die Taskforce „Ausbaubeschleunigung Windenergie“ eingerichtet, und zwar genau mit dem Ziel, die darin gewonnenen Erkenntnisse zu übersetzen und auf andere Bereiche zu übertragen, auch weil es nottut, dass wir schneller werden. Allen, die darüber nachdenken, wie es in der Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern gerade um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen steht, sollte klar sein, dass da etwas zu tun ist.

Lieber André Stinka, zu dem Transformationsfonds. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Umfang ein staatlich aufgelegter Transformationsfonds haben müsste, um 70 Milliarden Euro jährlich nur für die Auflösung des Investitionsstaus zur Deckung der klimaneutralen Transformationsbedarfe aufzubringen. Deswegen halte ich es für eine richtige Antwort, eben nicht breit zu wässern, sondern zielgenau Anreize zu setzen und gerade den kleinen und mittleren Unternehmen, die vielleicht eine kürzere Investitionsdecke als die großen haben, mit einem dreistelligen Millionenbetrag die Möglichkeit zu geben, Zuschüsse für Investitionen zu erhalten.

Mit Fin.Connect.NRW, angesiedelt bei der Förderbank NRW.BANK, ermöglichen wir eine Kooperation von Bundesbank, von Hausbanken und NRW.BANK, um das, was an Kapital gerade auf der Suche ist, mit Triple-A-Rating in grüne Geschäftsmodelle zu übersetzen und dieses private Kapital dafür zu nutzen, dass die Investitionen in die Transformation in Zukunft gelingen.



Letzter Punkt: Ich erlebe sehr regelmäßig, dass große wie kleine Unternehmen sich zu Investitionen entscheiden. Sonst würde ich nur durch rostige Gewerbe- und Betriebshallen laufen. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich will ein Beispiel nennen. Die große Investition eines nordrhein-westfälischen Chemiekonzerns am Standort Marl in ein wasserstoffertiges Gaskraftwerk mit höchstem Wirkungsgrad und der Möglichkeit der Fernwärmeauskopplung für die anliegenden Quartiere der Bürgerinnen und Bürger zeigen mir: Industrie und Wirtschaft haben verstanden, wo der Hammer in der Zukunft hängt, nämlich in der Kooperation, der Klimaneutralität und dem Beschreiten neuer Wege, um aus klimaneutraler Wirtschaft Wachstum zu generieren.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank. – Ich sehe weitere Meldungen. Ich würde alle, die in der zweiten Runde noch einmal zu Wort kommen wollen und dies jetzt schon wissen, bitten, sich einmal zu melden. – Ich sehe Herrn Brockes, Herrn Stinka und Herrn Loose.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Kollegen von der Union, Herr Kollege Franken, da Sie eben doch so sicher waren, dass auch Ihr Bundesvorsitzender zum Industriestrompreis steht, zitiere ich gerne noch mal aus dem Handelsblatt vom 31. August 2023 – das dürfte genau zu Ihrem Schmallenberger Papier sein –, wo er aus völliger Überzeugung sagt: Das könnten wir uns vorstellen. – Dann erklärt Herr Merz:

„Aber das Wichtigste ist, dass die staatlichen Lasten, die heute schon auf dem Strom liegen, gesenkt werden, bevor zusätzliche Subventionen gezahlt werden.“

Da bin ich bei dem Punkt, den ich vorhin deutlich gemacht habe. Die Stromsteuer stellt nämlich eine breite Entlastung dar. So einheitlich, wie Sie es uns eben verkaufen wollten, ist das nicht.

Frau Ministerin, das waren jetzt viele schöne Ausführungen mit vielen Beispielen von Einzelprojekten, die jetzt entschieden wurden, aber das ist keine Bürokratieentlastung. Der entscheidende Punkt in Ihren Ausführungen war, dass wohl nicht mehr Sie, sondern die Staatskanzlei für die Bürokratieentlastung zuständig sind.

Herr Vorsitzender, ich würde deshalb vorschlagen, dass zukünftig am besten auch die Staatskanzlei anwesend ist, wenn wir den Tagesordnungspunkt behandeln, Denn die Bürokratieentlastungsoffensive – ich glaube, so heißt sie richtig – scheint dort angesiedelt zu sein, und nicht bei Ihnen im Haus, Frau Ministerin.

Sie betonen so schön wohlwollend, Sie seien mit allen im Austausch und redeten mit allen, und nennen das Beispiel „Rohstoffabgabe“. In unserer Anhörung am vergangenen Freitag hat Herr Bengler sehr, sehr deutlich gemacht, dass er schon vor über einem Jahr Vorschläge dafür eingereicht habe, wie man zu mehr Recyclingmaterial kommen könne, ohne die Rohstoffabgabe einzuführen. In der gesamten Anhörung sind viele Vorschläge dafür gekommen, wie wir wirklich dafür sorgen können.

Gerade die öffentliche Hand, auch das Land, baut in vielen Bereichen und greift dabei eben nicht auf Recyclingstoffe zurück. Machen Sie doch erst einmal da Ihre Hausaufgaben und reden Sie mit den anderen Ministerien, bevor Sie noch für zusätzliche Belastungen sorgen. Ich erwarte von einem Wirtschaftsministerium eigentlich, dass es auch in anderen Häusern dafür sorgt, dass nicht zusätzliche Belastungen eingeführt werden, sondern die Wirtschaft gerade in dieser schwierigen Situation entlastet wird.

Der von Ihnen immer gerne genannte tolle Austausch findet in dem Bereich nicht statt. Greifen Sie am besten gleich mal zum Hörer und rufen *vero* an.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank, Herr Brockes. – Wir haben gerade noch einmal geguckt. Meines Wissens ist die Staatskanzlei nicht regulär in unseren Sitzungen vertreten. Sicherlich besteht immer die Möglichkeit, wenn das von einzelnen Abgeordneten gewünscht ist, zu einzelnen Tagesordnungspunkten ein Signal zu geben, dass Teilnahme erwünscht ist. Insofern lassen Sie uns dazu weiterhin im Gespräch bleiben. – Herr Stinka erneut für die SPD-Fraktion.

**André Stinka (SPD):** Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Ich will noch auf das eine oder andere eingehen, was Herr Franken angesprochen hat, weil gerade bei der CDU immer herumgeistert, beim Transformationsfonds handele es sich um Staatsdirigismus. Ich kann mich an einen CDU-Kanzlerkandidaten erinnern, der einen Deutschlandfonds ins Gespräch brachte. Das wurde nach wenigen Tagen beerdigt. Ihm war damals wohl auch klar, dass sich die Finanzierung vieler Unternehmerinnen und Unternehmer im Überbrückungszeitraum bis zur Transformation aufgrund fehlenden Eigenkapitals nicht so regeln lässt, sondern der Staat handeln muss.

Wir bemängeln mit Blick auf Amerika immer, dass der Staat hier nicht so stark eingreifen könne. Der dortige Inflation Reduction Act ist Staat pur. Insofern glaube ich, dass man eine breite Debatte darüber führen muss, wie wir die Mittel organisieren, von denen die Ministerin gesprochen hat – natürlich nicht aus dem Landeshaushalt.

Ich habe gesehen, dass noch einige Wissensdefizite dazu bestehen. Daher werden wir noch mal einen Antrag dazu einbringen und unsere Ideen zum Transformationsfonds in die Breite tragen. Es wird nicht anders gehen. Es geht nicht um Haushaltsgeld, sondern andere Formen der Organisation dieser Mittel, damit Unternehmerinnen und Unternehmer diese Brücke nutzen können.

Vorhin wurden die CDU-Pläne und -Erklärungen aus welchem Ort im Sauerland auch immer so schön beschrieben. Wenn ich mir den Fünf-Punkte-Plan der CDU ansehe, dann erinnere ich mich immer an meine Juso-Zeiten. Auch damals wurde schon von der Notwendigkeit gesprochen, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden, mehr Freiheit zu organisieren und – ein Spitzenpunkt – die Erbschaftssteuer auf Eigenheime zu reduzieren, und das bei einem heute schon vorhandenen Freibetrag von 400.000 Euro.

Wir müssen uns meines Erachtens vor dem Hintergrund der von Ihnen gerade genannten Zahlen Ihrer Regierung noch einmal ehrlich machen, wenn es darum geht, wie wir mit Steuererleichterungen für den einen oder anderen umgehen sollten. Wenn man auf der einen Seite sagt, man wolle Steuererleichterungen organisieren, muss

man nämlich auch klarmachen, wo man das Geld wegnimmt. Die Debatte wird angesichts eines hier festgestellten Investitionsbedarfs, den wir auch alle gemeinsam stemmen wollen, spannend.

Vorhin wurden auch die Mittel angesprochen, die für das Stahlwerk in Duisburg aufgewandt wurden. Wir begrüßen das. Ich will in dem Zusammenhang nur noch mal darauf hinweisen, dass wir als SPD-Landtagsfraktion bei der Debatte beim letzten Mal noch gefragt haben, welche Gespräche bei der Vergabe dieser Bundes- und Landesmittel in Bezug auf die Situation des Stellenabbaus geführt wurden. Auf das zu diesem Tagesordnungspunkt beantragte Wortprotokoll warten wir noch.

Aber es muss doch hier zu Diskussionen führen, wenn wir ein Unternehmen unterstützen – die SPD-Landtagsfraktion hält das auch für richtig; wir hatten die Debatte beim letzten Mal –, und gleichzeitig aus Vorstandskreisen Stellenabbau angekündigt wird. Das ist dann eine politische Frage. Mir ist klar, dass es letztes Mal vom Ministerium auch dahin gehend beantwortet wurde, dass es zwei verschiedene Paar Schuhe seien, aber Sie wissen auch, wie politische Debatten laufen, Frau Ministerin.

Was ist mit dem Vorstand konkret besprochen worden? Worüber können Sie berichten? Das Problem ist doch, dass sowohl Sie als Landesregierung als auch wir als Politik in Erklärungsnot kämen, wenn wir 2,7 Milliarden Euro in die Hand nähmen und 20 Minuten später 11.000 Leute freigesetzt würden. Die feine Unterscheidung nach Abteilungen von Ministerien macht der Bürger nicht. Wir alle wissen das.

Deswegen ist es wichtig, dass man dem Unternehmen gegenüber klarmacht – es führt im Moment noch mit anderen Kaufinteressierten Gespräche –, dass Steuergeld in die Hand genommen wird. Wenn Steuergeld für eine als richtig erkannte Investition eingesetzt wird, führt die gleichzeitige Ankündigung von Stellenabbau zu politischen Friktionen. Es wäre auch sinnvoll zu erfahren, ob Sie mehr Informationen dazu haben, wie die Gespräche in dem Zusammenhang geführt wurden.

Ein Vorstand kann das schnell so machen, aber für die Politik wird es schwierig, weil die Bevölkerung zu Recht Anspruch darauf hat, dass die Frage der Beschäftigung immer eine Rolle spielt, wenn Steuermittel vergeben werden.

Wir haben den Brückenstrompreis angesprochen, und Sie vorhin das Handwerk. Fragen Sie mal Ihre Fraktionsvorsitzende, die am Montagabend mit mir zusammen bei einem Handwerkstag war. Im Handwerk gibt es keinerlei Unterstützung für den Brückenstrompreis. Das wissen Sie. Ich teile die Ansichten des Handwerks nicht. Ich will nur deutlich machen, wie kompliziert die Debatte ist. Da herrschte eine strikte Ablehnung. Leider. Das ist so. Das zeigt, dass es natürlich keine Königslösung, sondern eine breite, facettenreiche Diskussion gibt, der wir uns alle unterziehen müssen.

Abschließend dazu, dass hiervon mehr Tempo die Rede ist. Der Amprion-Chef hat vor wenigen Tagen in der WAZ auf Verbesserungen hingewiesen und das Deutschland-Tempo der Bundesregierung gerade beim Ausbau der Kabelnetze gelobt. Da tut sich was. Berlin und besonders auch der Bundeskanzler sind da in der Haftung. Das sind erste Erfolge.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Sie hatten gerade das Wortprotokoll angesprochen. Bezog sich das auf die letzte Sitzung? – Tatsächlich liegt es mir vonseiten des Sitzungsdokumentarischen Dienstes noch nicht vor. Aber ich bin mir sicher, dass der Wunsch damals aufgenommen wurde und wie immer auch so umgesetzt wird. – Herr Loose.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. – Meine sehr geehrten Herren und Damen! Sehr geehrte Frau Ministerin! Für Sie sind folgende Dinge keine Fakten: 4 Milliarden Euro Engpasskosten, der von Amprion genannte Plan, 200 Milliarden Euro zu investieren, die Strompreise, die Erzeugungsmengen, die bei Agora Energiewende aufgelistet werden, die 9,4 Cent pro Kilowattstunde, die der Windkraftbetreiber den Mitgliedern dieses Ausschusses gegenüber ansprach, die Schließung der Kraftwerke in Neuss und auch die Entlassungen bei thyssenkrupp sind für Sie keine Fakten. Nun gut, ich nehme das jetzt mal zur Kenntnis.

Sie schreiben auf Seite 7, dass RWE zugesagt hat, bei gegebener Wirtschaftlichkeit 3 GW Kraftwerkskapazität – in Klammern: H2-ready – zu errichten. Den Punkt der notwendigen Wirtschaftlichkeit betonte RWE auch auf dem diesjährigen Barbaratag. Sie müssen doch als Landesregierung für die weitere Planung einschätzen können, ob diese 3 GW an Kraftwerkskapazität auch gebaut werden.

Ich wiederhole also meine Fragen, nur noch einmal etwas präzisiert. Sie haben den Fall des Chemieparks Marl genannt. Allerdings ist das ausschließlich ein Kraftwerk zur Eigenerzeugung. Da optimiert sich also ein Chemiepark gegenüber der Allgemeinheit, indem er sich aus den Systemkosten rausnimmt. Das ist durchaus akzeptabel und für dieses Unternehmen sehr wirtschaftlich.

Meine präzisierten Frage lauten: Ist der Bau von Gaskraftwerken für die allgemeine Stromerzeugung aktuell ohne Subventionen wirtschaftlich? Können Sie uns ein industriell betriebenes Großkraftwerk nennen, welches bereits mit Wasserstoff betrieben wird? Kennen Sie eines? Es geht also nicht um eines, bei dem angekündigt wird: Das könnte man mal auf Wasserstoff umstellen?

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich habe darüber hinaus noch die Meldung von Herrn Matzoll wahrgenommen. – Herr Matzoll.

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche mich in Anbetracht der Zeit kurzzufassen. Ich wollte noch einmal auf die Anhörung zur Rohstoffabgabe in der vergangenen Woche eingehen. Auch ich war dabei. Wenn Herr Brockes und ich an einer Anhörung teilnehmen, habe ich am Ende immer das Gefühl, dass wir diese sehr unterschiedlich wahrnehmen. Es ist deutlich geworden, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Die lenkende und innovationsanreizende Wirkung der Rohstoffabgabe wurde von den Sachverständigen aber auch sehr stark vertreten.

Herr Benger ist schon vorher in der ganzen Debatte nicht gerade durch eine sachliche Darstellung aufgefallen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Bitte was? Das ist eine Unverschämtheit!)

Er hat diese Debatte unter dem Slogan „NRW schafft sich ab“ geführt und zu dem Thema auch mit der Jungen Freiheit geredet. Ob das jetzt unbedingt der Ansprechpartner ist, an den man sich an der Stelle halten sollte, weiß ich nicht.

Zu dem Thema „Bürokratieabbau“. Es ist in den Ausführungen der Ministerin sehr deutlich geworden, wo konkret Zeit eingespart wurde. Wenn man anderthalb Jahre einspart und Sie sagen, dass nichts passiert sei und das keine Bedeutung habe, verstehe ich nicht, was Sie mit Bürokratieabbau meinen. Ich weiß nicht, wo Sie leben und was Sie damit meinen. Aber da passiert sehr real etwas, was uns wirtschaftlich hilft und jetzt wirklich notwendig ist.

Es muss doch um diese Kombination aus einer Gesamtstrategie und diesen sehr konkreten Maßnahmen gehen, bei denen Punkte ineinandergreifen und wir Zeit sparen, und nicht darum, sich irgendwo irgendwelche schönen Punkte aufzuschreiben.

Ich wollte noch kurz etwas zum Thema „Friedrich Merz“ sagen. Weil ich wie er in Brilon geboren bin, sage ich immer scherzhaft: Wir haben denselben Geburtsort, da hören die Gemeinsamkeiten schon auf. – Ich will gar nicht für ihn sprechen, aber an der Stelle geht es doch nicht um Friedrich Merz. Der ist Oppositionsführer im Bundestag und macht den Job auch – ob gut oder schlecht, darüber mag ich nicht urteilen.

Es geht darum, wie sich die Bundesregierung positioniert. Unser Bundeskanzler sieht das kritisch. Zumindest war das seine letzte öffentliche Aussage dazu. Der Finanzminister lehnt das pauschal ab. Das sind die relevanten Personen, die auch in Charge sind. Über die müssen wir doch reden. Wir können dankbar dafür sein, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine CDU haben, die mit Hendrik Wüst eine ganz klare Position pro Brückenstrompreis vertritt.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. – Bevor die Landesregierung spricht, wollte ich einmal kurz – nicht, weil Herrn Matzoll gesprochen hat oder Frau Krebs gleich sprechen wird, sondern weil es 11:30 Uhr geschlagen hat – darauf hinweisen, dass uns bei dieser sehr leidenschaftlich und intensiv geführten sowie wichtigen Debatte die Zeit ein bisschen aus den Blick gerät.

Ich war selbst überrascht, dass die halbe Sitzungszeit schon rum ist. Da wir noch sehr viele Tagesordnungspunkte vor uns haben, kommt von mir jetzt wie in anderen Sitzungen der Hinweis, dass wir versuchen sollten, uns noch Raum für den Antrag und weitere wichtige Punkte zu lassen, die wir heute noch zu beraten haben. – Liebe Frau Krebs, Sie werden vermutlich noch mal auf einige Fragen eingehen.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich wollte drei Punkte aufgreifen.

Das Thema „Wirtschaftlichkeit von Kraftwerksstandorten“ liegt uns in NRW sehr am Herzen. Deswegen arbeiten wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund an der Kraftwerksstrategie. Der Bund hat berichtet, dass er im Austausch mit der EU-Kommission diesbezüglich einen ganz entscheidenden Fortschritt gemacht hat, weil es da um Beihilfefragen geht.

Wir müssen dafür sorgen, die Bereitstellung von Kapazität und nicht nur den Einsatz in einer Spitzenlage, wo der Strom besonders benötigt wird, wirtschaftlich zu machen. Da gibt es entscheidende Fortschritte. Wir sind engagiert dabei.

Was sich im Bereich „energieversorgende Moleküle“ getan hat, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Wir haben es nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine geschafft – allen voran auch der Bund –, in einer wirklich beherzten Aktion unsere 55-prozentige Abhängigkeit von russischem Gas drastisch zu reduzieren. Wir sind dabei zwar mit Untiefen, in der Summe aber sicher durch den Winter gekommen.

Wir fahren europaweit alle zusammen auch das Thema „Wasserstoff“ hoch, um die Abhängigkeit vom fossilen Gas zu reduzieren. Das Gas war in der Energiewende lange als Brückentechnologie gedacht. Wir müssen das jetzt möglichst weit reduzieren, uns anderweitig mit Gas versorgen und möglichst schnell auf Wasserstoff umstellen. An diesem Beispiel sieht man, dass der Staat auch richtig schnell sein kann, wenn er sich tüchtig anstrengt.

Damit leite ich zum Thema „Bürokratieabbau und Verfahrensoptimierung“ über. Nur damit da kein Durcheinander in den Köpfen bleibt: Das MWIKE ist für dieses Thema in Bezug auf die Wirtschaft weiterhin zuständig und arbeitet auch mit voller Kraft daran. Das Wirtschafts-Service-Portal.NRW macht da viele hervorragende Angebote. Wir sind sehr dankbar dafür, wie gut das schon ausgebaut war, als wir das Ministerium übernommen haben.

Bei anderen Themen, die hier schon genannt worden sind, zum Beispiel beim Netzausbau, nutzen wir sehr engagiert die erwähnten Verfahrenskürzungen. Wir machen davon nicht nur in einem Fall Gebrauch, sondern werden es Stück für Stück auf alle vergleichbaren Fällen anwenden.

Wir schauen im Ministerium auch sehr schnell, ob etwas, das wir im Bereich der Elektrizität etwa im Netzausbau machen, auch im Bereich „chemische Industrie“ spannend sein und dort auch angewandt werden kann, damit wir mit Verfahrensbeschleunigungen möglichst schnell eine Breitenwirkung erzeugen.

Die Strategische Umweltprüfung als massive Beschleunigung beim Windkraftausbau wurde genannt. Wir wollen diese in NRW bei allen Flächen anwenden, die wir zur Erfüllung des Wind-an-Land-Gesetzes zur Verfügung stellen. Das wird eine Menge an Beschleunigung bringen. Aber Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen soll ja nicht nur im Wirtschaftsministerium stattfinden, sondern in allen Ministerien, im gesamten Land und in allen Themenfeldern. Genau für diesen ganz umfassenden Blick in die anderen Themen ist dann die Staatskanzlei zuständig, mit der wir in dieser Frage sehr eng zusammenarbeiten.

Dann wurde noch gesagt, die KMU würden den Brückenstrompreis nicht unterstützen. Sie können sich vorstellen: Wir hatten auch im Länderkreis viele spannende Debatten dazu, weil die Schwerpunkte auch unterschiedlich waren, je nachdem, wie die eigene Wirtschaftsstruktur gesehen wurde. Wir sind sehr, sehr zufrieden damit, dass die Ministerpräsidenten sich inzwischen absolut einstimmig für einen Brückenstrompreis aussprechen. Es war kein einfacher Weg dorthin.

Für uns ist die Kombination aus Brückenstrompreis und der Senkung der Strompreissteuer entscheidend. Die Senkung der Strompreissteuer bringt nämlich die flächendeckende Entlastung. Der Brückenstrompreis ist nicht nur für Großindustrie, sondern für energieintensive Betriebe. Die sind inzwischen bzw. schon seit Langem in der KUEBLL-Liste hinterlegt. Wir würden dafür plädieren, das auch in Zukunft so machen. Da sind auch energieintensive KMU umfasst, aber natürlich ist die Großindustrie da deutlich dominanter. So viel noch einmal zur Klarstellung von ein paar Punkten.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich habe eine weitere Meldung von Herrn Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich halte fest, dass meine Fragen, ob RWE diese Kraftwerke nun bauen kann, ob sie wirtschaftlich sind und ob weltweit schon irgendein Kraftwerk zu 100 % mit Wasserstoff betrieben wird, nicht beantwortet wurden. Das nehme ich jetzt erst einmal zur Kenntnis. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich habe es so verstanden, dass in Bezug auf die Kraftwerksstrategie durchaus darauf geantwortet worden ist. Besteht der Wunsch, dass die Antwort noch einmal wiederholt wird? Ansonsten werden wir es ja im Protokoll finden. – Ich sehe weder diesen Wunsch, noch weitere Wortmeldungen. Es war gut, dass wir uns die Zeit für diese Debatte genommen haben.

Meinem Eindruck nach war sie im Wesentlichen doch von dem gemeinsamen Verständnis geprägt, dass wir diese ausgesprochen schwierige Wirtschaftslage im Land Nordrhein-Westfalen ernst nehmen, diese Krise bewältigen und unseren Wirtschaftsstandort auch für die Zukunft sichern wollen.

Über die dafür notwendigen Instrumente besteht hier – das war zumindest mein Eindruck – keineswegs nur Dissens zwischen den Fraktionen der regierungstragenden Parteien und der Opposition, sondern streckenweise eine recht hohe Einigkeit und ein gemeinsames Verständnis. – Insofern noch einmal vielen Dank für diese gute Debatte.

### **3 Sozialen Klimaschutz voranbringen durch regelmäßige finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Windkraftausbau in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4591

– Abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales am 16.06.2023)*

**André Stinka (SPD)** erläutert, die SPD-Fraktion habe den Antrag gestellt, weil sie sich von der breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Erträgen der Windenergie eine höhere Akzeptanz und eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien verspreche. Alle Menschen – auch solche mit weniger Kapital – sollten von den Erträgen profitieren können. Zudem sollten diese Beteiligungsmöglichkeiten dem Antrag zufolge auf die Photovoltaik ausgeweitet werden.

In Kombination mit vergünstigten Strompreisen würde dies der Breite der Bevölkerung verdeutlichen, dass sich der Ausbau der erneuerbaren Energien lohne. Die Landesregierung habe ein entsprechendes Gesetz angekündigt. Dem Vernehmen nach werde in der nächsten Plenarsitzung auch ein Gesetzentwurf vorgelegt. Seine Fraktion zweifle angesichts der sehr offen gehaltenen Formulierungen jedoch daran, ob dieser die gewünschte Wirkung erziele.

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)** bestätigt, der Koalitionsvertrag sehe ein Bürgerenergiegesetz vor. Die Landesregierung sei ihrem Versprechen allerdings auch nachgekommen. Daher hätte es des Antrags nicht bedurft. Der Entwurf liege seit gestern vor, und der Landtag werde im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens ausführlich darüber und über die von der SPD vorgebrachten Punkte sprechen.

**Christian Loose (AfD)** merkt an, die Bürger würden heute schon am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligt, allerdings durch den Wertverlust ihrer Immobilien. Werde ein Windrad im Abstand von unter 1.000 Metern von einer Immobilie errichtet, führe dies einer Springer Studie zufolge zu einem Wertverlust von 23 %.

Alle Parteien außer der AfD hätten entweder auf Landes- oder auf Bundesebene daran mitgewirkt, die 1.000-m-Abstandsregelung abzuschaffen. Rückten die Windräder noch näher an die Immobilie heran, steige nicht nur die finanzielle, sondern durch Schlag Schatten und Infraschall auch die körperliche und seelische Belastung.

Die SPD-Fraktion wollen nun den sogenannten Wohlstand an die Bürger verteilen. Dieser würde jedoch zunächst über höhere Strompreise von den Bürgern selbst bezahlt. Diese seien nämlich im Zuge der sogenannten Energiewende über die letzten Jahre massiv erhöht worden. Eine echte Beteiligung an der Windenergieerzeugung



würde zudem auch die Risiken auf die Bürger übertragen. Wenn dies gewünscht wäre, bestände natürlich auch eine Aufklärungspflicht darüber.

Zudem werde der einzelne Anleger bei ähnlichen Beteiligungsmodellen bisher meist nicht vollständig beteiligt. Die Projektierer verkauften die Anlagen, nachdem sie einen großen Stück des Kuchens einbehalten hätten, an eine große Betreibergesellschaft, bei der dann Risiken und Chancen mit einem positivem Erwartungswert verblieben. Für den Bürger könne die Beteiligung an einer einzelnen Anlage aber durchaus zu negativen Effekten führen.

**Antje Grothus (GRÜNE)** dankt für das Interesse der SPD an einer regelmäßigen finanziellen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Windkraft in NRW und damit am sozialen Klimaschutz.

Dennoch wolle sie darauf hinweisen, dass CDU und Grüne bereits am 11. Mai 2023, also gut einen Monat vor Antragstellung, unter Beteiligung vieler Interessierter und Experten ein Werkstattgespräch zu dem bereits am 23. Juni 2022 im Koalitionsvertrag avisierten Bürgerenergiegesetz geführt hätten. Die SPD-Fraktion habe den vorliegenden Antrag also gestellt, als sie schon gewusst habe, dass Schwarz-Grün sich auf den Weg gemacht habe.

Die SPD-Fraktion rege an, sich am Beispiel des entsprechenden Gesetzes in Mecklenburg-Vorpommern zu orientieren. Schwarz-Grün habe jedoch schon zuvor entschieden, die in NRW vorhandene Expertise von Kommunen, Planungsdezernenten Bürgerinnen und Bürgern, Stadtwerken, Juristen und Windparkbetreibern zu bündeln, um passgenaue Lösungen und flexible Optionen anbieten zu können. Energiewende, Ausbau der erneuerbaren Energien, Teilhabe und Bürgerenergie gehörten für Schwarz-Grün zusammen.

Sie gehe davon aus, dass das Gesetz Anfang nächsten Jahres in Kraft treten könne. Ein Ergebnis des Werkstattgespräches sei die Entscheidung gewesen, das Gesetz bewusst so flexibel wie möglich zu gestalten und das Thema „vergünstigte lokale Stromprodukte“ aufzugreifen. Es gehe darum, wenn möglich, gemeinsam mit allen Fraktionen, mit dem Bürgerenergiegesetz einen neuen Anreiz für Windenergie zu schaffen, um diese ebenso wie die Bürgerenergiegenossenschaften zu stärken.

**Dietmar Brockes (FDP)** erinnert an die Mahnung des BDWE im Rahmen der Anhörung, die Wirtschaftlichkeit von Projekten dürfe durch Bürgerbeteiligungen nicht gehemmt werden. Eine Verpflichtung, alle Projekte als eigene Gesellschaften zu führen und ein formales Angebot zur Beteiligung vorzulegen, werde sehr kritisch gesehen, weil dies sehr teuer werden könne. Alle neu getroffenen Regelungen sollten nach Ansicht der FDP-Fraktion zur Vereinfachung führten, die Wirtschaftlichkeit erhalten und die Akzeptanz vor Ort sowie die Geschwindigkeit der Genehmigungsverfahren erhöhen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**4 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5349

*(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie an den Rechtsausschuss am 23.08.2023)*

Der Ausschuss kommt vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss überein, sich nachrichtlich an dieser Anhörung zu beteiligen.

**5 Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4278

*(Überweisung an den Hauptausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Wissenschaftsausschuss am 15.06.2023)*

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** teilt mit, der federführende Ausschuss habe beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetz durchzuführen. Der Termin werde seines Wissens in der nächsten Obleuterunde des Hauptausschusses festgelegt.

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

**6 Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen: mehr Substanz, weniger Marketing!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4589

*(Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 14.06.2023)*

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

**7 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/5387

*(Überweisung an den Wissenschaftsausschuss – federführend –,  
an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und  
Energie sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales  
am 24.08.2023)*

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** informiert, der federführende Ausschuss habe beschlossen, zu diesem Antrag ein Gespräch mit sachverständigen Gästen als TOP 1 einer regulären Sitzung des Wissenschaftsausschusses durchzuführen. Termine würden noch festgelegt.

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an dem vom federführenden Ausschuss beschlossenen Gespräch mit sachverständigen Gästen zu beteiligen.

## 8 Landesentwicklungsplan – Bericht zum Verfahrensstand *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1584

**Dietmar Brockes (FDP)** verweist auf die vielen zur LEP-Änderung eingegangenen Stellungnahmen und fragt, ob die Landesregierung die Einschätzung des LEE bezüglich der Vorranggebiete im Münsterland teile. Dieser halte nämlich rund 70 % der im Regionalplanentwurf vorgesehenen Flächen für die Einrichtung neuer Windenergieanlagen für nicht nutzbar.

Sowohl die Regionalräte als auch die Planungsbehörden hätten zudem rechtliche Bedenken bezüglich der Windenergiesteuerung im Übergangszeitraum geäußert. Das MWIKE habe auf Nachfrage der FDP-Fraktion bereits in einer vorhergehenden Sitzung ausgeführt, welche Möglichkeiten dafür zur Verfügung ständen. Den Stellungnahmen zufolge bestehe das Problem jedoch weiterhin.

Er würde gern erfahren, welche Maßnahmen die Landesregierung zusätzlich zu den bisher präsentierten Ansätzen getroffen habe. Zudem interessiere ihn, ob es eine zweite Offenlage geben werde und, wenn ja, wann diese stattdfinde.

Im Münsterland werde bereits auf großer Fläche Strom aus Windenergie produziert, so **StS'in Silke Krebs (MWIKE)** bezüglich der Kritik des LEE. Die Landesregierung rechne die bereits aktiv genutzten Gebiete zu den Windpotenzialflächen hinzu, obwohl die heute üblichen großen Windenergieanlagen dort nicht installiert werden könnten. Hätte sie nur die dafür geeigneten Flächen angerechnet, wäre das Münsterland gezwungen gewesen, zusätzlich zu den bestehenden weitere Flächen mit großen Anlagen zu bestücken. Dies halte Landesregierung für nicht sachgerecht.

NRW habe eine ihres Wissens bundesweit einzigartige Regelung gefunden, der zufolge die Flächenkulisse in den Regionen regelmäßig überprüft werden müsse. Bestehende Flächen würden als Potenzialflächen berücksichtigt, solange dort produziert werde. Sobald Flächen aus der Nutzung fielen und nicht repowert werden könnten, müssten die Planungsregionen Flächen nachmelden. Mit diesem Instrument werde den sehr unterschiedlichen Ausbausituationen in NRW fair Rechnung getragen.

Die Erarbeitung des Erlasses zur Steuerung in der Übergangszeit befinde sich in der finalen Phase. Die Landesregierung werde bald genauer darüber informieren. Sie halte es für wichtig, dass es in der Übergangsphase weder zu einem Ausbaustopp noch zu Verzögerungen komme, sondern es den Projektierern ermöglicht werde, möglichst früh auf die zukünftige Flächenkulisse zuzugreifen. Auf diese Weise werde die Windkraft frühzeitig in die Regionen gelenkt, in denen Potenziale verwirklicht werden sollten.

Bezüglich der möglichen zweiten Offenlage werde die Landesregierung voraussichtlich Ende September Näheres sagen können.

## 9 **Energie- und Wärmestrategie der Landesregierung** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1543

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** erläutert, die Landesregierung habe diesen Bericht relativ kurzfristig vor der vorherigen Sitzung angemeldet. Aufgrund der thematischen Überschneidungen werde der quartalsmäßig vorgesehene Bericht zur Energiewende und Energieversorgung nicht aufgerufen. Im kommenden Quartal werde er wieder auf der Tagesordnung stehen.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** ergänzt den Bericht der Landesregierung:

Uns ging es vor allem darum, Sie darauf aufmerksam zu machen und darüber zu informieren, dass wir gerade eine Energie- und Wärmestrategie erarbeiten. Wir gehen dann in die geschilderten sechs Stakeholderworkshops, die von Ende September bis Anfang Dezember stattfinden. Die Rückmeldungen daraus werden wir in unsere Strategie einbauen. Der Beteiligungsprozess wird von unserer Landesgesellschaft Energie4Climate.NRW unterstützt und wurde auch bereits gestartet. Im August 2023 sind erste Informationen zu den Workshops versandt worden.

**André Stinka (SPD)** begrüßt, dass das MWIKE die Bedeutung der Sektorenkopplung hervorhebe. Die Umstellungsphase stelle alle vor Herausforderungen, die Privaten jedoch vor andere als zum Beispiel das Gewerbe. Ihn interessiere, welche Daten und Szenarien die Landesregierung bei der Berechnung der Wärmebedarfe zu Grunde lege. So gebe es verschiedene Datengrundlagen zu Wärmequellen, darunter den Geothermieatlas. Er würde gern erfahren, wie die Landesregierung diesbezüglich konkret vorgehen wolle.

**RB'e Judith Litzenburger (MWIKE)** erläutert, Energie4Climate.NRW und das LANUV unterstützten das Ministerium bei dem Prozess. Energie4Climate.NRW habe neben den planerischen Grundlagen verschiedenste Studien berücksichtigt. Dazu gehörten die unter anderem vom Wuppertal Institut und von Prognos erstellte Studie „Klimaneutrales Deutschland 2045“ von 2021, die Studie „Klimapfade 2.0“ von der Boston Consulting Group, eine Datengrundlage des Fraunhofer ISI von 2001, bei der es um Langfristszenarien und Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands gehe, sowie die DENA-Leitstudie.

**Dr. Christian Untrieser (CDU)** weist auf die seines Erachtens im Vergleich zu den anderen Bundesländern erstaunlichen Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien hin, die sich auch in den von der Bundesnetzagentur soeben veröffentlichten Ausschreibungsdaten für die Windenergie niederschlugen. Bayern habe den Zuschlag für nur eine Anlage, Nordrhein-Westfalen dagegen für 70 erhalten. Auch Baden-Württemberg schneide ganz schlecht ab. Außer Nordrhein Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen liefere kaum ein anderes Bundesland.

Dagegen bewege sich der Ausbau in Gesamtdeutschland noch immer auf einem recht niedrigen Niveau. Das Bundesumweltamt gehe davon aus, Deutschland werde statt der geplanten 60 GW bis 2029 nur 30 GW Erzeugungskapazität aus Windenergie errichten und befinde sich aufgrund der bundesrechtlichen Beschränkung nicht auf der Zielgeraden. Er bitte die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, in Berlin noch einmal die Notwendigkeit des Ausbaus zu verdeutlichen. Bisher bleibe dieser bundesweit weit unter der von der Ampelkoalition selbst gesetzten Zielmarke zurück.

**André Stinka (SPD)** erinnert daran, dass die CDU in NRW mit dem Abstandserlass zuvor viel Zeit beim Windenergieausbau verschwendet habe. Zudem gehe es unter diesem TOP gar nicht um die von seinem Vorredner bejubelte Windkraft, sondern um die Wärmewende. Bei dieser müssten die Kommunen einbezogen werden. Diesbezüglich würde er gern erfahren, ob die Landesregierung darüber nachdenke, in einem zweiten Schritt gemeinsam mit dem Bund das Thema der Finanzierung anzugehen.

Es gehe nämlich um hohe Summen. Die Kommunen müssten nicht nur wissen, wie sie die Wärmeplanung organisieren, sondern auch wie sie notwendige Maßnahmen zu deren Umsetzung finanzieren könnten. Wenn sich manche diese leisten könnten und andere nicht, führe dies zu einem ähnlichen Ungleichgewicht zwischen den Kommunen wie bei den Kita-Gebühren.

Die Regelungen zur kommunalen Wärmeplanung befänden sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren, so **StS'in Silke Krebs (MWIKE)**. Die Landesregierung verhandele mit dem Bund intensiv darüber, weil sie wisse, dass die Kommunen finanzielle Unterstützung bräuchten und der Bund entsprechende Mittel hinterlegen müsse. Auch die Landesregierung spreche in diversen Haushaltsrunden darüber, wie sie Unterstützung leisten könne.

Sie halte auch den Wärmeatlas NRW für ein wichtiges Instrument. Dieser biete zwar keine finanzielle Hilfe, nehme den Kommunen jedoch viel Arbeit ab, weil diese sich darüber unter anderem sehr einfach über ihre Abwärmepotenziale informieren könnten, auch wenn die Datenlage sich von Region zu Region noch stark unterscheide.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** ergänzt, die zuständige Bundesbauministerin habe erklärt, dass der Bund einen Teil der Kosten übernehmen müsse und auch werde. Dazu befänden sich Bund und Land in einem guten Austausch.

**Christian Loose (AfD)** nimmt Bezug auf die Sorge der CDU-Fraktion, der angestrebte Kapazitätszubau von 60 GW an Windenergie gelinge möglicherweise nicht vollständig. Seinem Verständnis nach sehe die CDU darin eine Gefahr für die Versorgungssicherheit. Da bei insgesamt 60 GW installierter Leistung an Onshore- und Offshorewindenergie im schlechtesten Fall – zum Beispiel vor drei Tagen um 10:45 Uhr – zusammen gerade einmal 0,108 GW produziert worden seien, komme bei einer Verdoppelung der installierten Leistung am Ende jedoch ohnehin nur eine gesicherte Leistung von etwas über 0,2 GW heraus. Die damit erreichte Versorgungssicherheit liege also in jedem Fall nahe null.



## **10 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Dr. Robin Korte  
Vorsitzender

### **Anlage**

12.10.2023/13.10.2023



**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen****Dietmar Brockes MdL**

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss  
für Wirtschaft, Industrie, Klima-  
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie sowie  
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und  
Verbraucherschutz, Landwirt-  
schaft, Forsten und ländliche  
Räume

Düsseldorf, 04. August. 2023

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie  
Herrn Dr. Robin Korte MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie am 16.08.2023 mit TOP „Schlechte Konjunkturaussich-  
ten – Maßnahmen auf Landesebene“**

**Sehr geehrter Herr Dr. Korte,**

Ministerin Mona Neubaur hat gemeinsam mit der IHK NRW am 02.06.2023 den zweiten NRW-Konjunkturbericht des RWI-Leibnitz-Instituts für dieses Jahr vorgelegt. In der Pressemitteilung des Ministeriums ordnet die Ministerin die Konjunkturlage folgendermaßen an: „Die NRW-Wirtschaft kämpft sich aus der Rezession.“

Die aktuellen Konjunkturzahlen sprechen hingegen eine andere Sprache. Die Hoffnung auf eine Erholung der NRW-Konjunktur im zweiten Halbjahr schwindet. Stattdessen mehren sich die Zeichen für eine ausgeprägtere Rezession.

Das NRW.Bank.ifo-Geschäftsklima ist im Juli 2023 auf den tiefsten Stand seit Anfang 2021 gefallen.



Im Verarbeitendem Gewerbe setzte sich der Abwärtstrend der Vormonate fort. Das Geschäftsklima in der Branche sank auf den tiefsten Stand seit Juni 2020. Besonders stark trübte sich das Geschäftsklima bei den Herstellern von Nahrungsmitteln und in der Elektroindustrie ein. Beide Branchen galten bis dato noch als vergleichsweise krisenfest.

Im Bauhauptgewerbe sank die Einschätzung der Geschäftslage der Umfrage zufolge sogar auf den niedrigsten Stand seit August 2015. Angesichts eines Siebenjahrestiefs bei den Aufträgen ist auch der Ausblick der Bauunternehmen äußerst pessimistisch.

Auch im Handel, der im Juni als einziger Wirtschaftsbereich noch ein solides Stimmungspul verbuchen konnte, verschlechterte sich das Geschäftsklima deutlich.

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750  
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de  
www.fdp-fraktion-nrw.de  
 www.facebook.com/dietmar.brockes  
 www.twitter.com/brockes



Aufgrund des hohen Anteils an energieintensiven Industrien ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen von der konjunkturellen Schwächephase zudem stärker betroffen als der Bundesdurchschnitt. Die Produktion der NRW-Industrie ist im Juni 2023 nach vorläufigen Ergebnissen saisonbereinigt um 4,8 Prozent gegenüber Juni 2022 gesunken. Die Produktion in den energieintensiven Industrien war im Juni 2023 um 11,8 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Strukturelle Standortdefizite bescheinigen Nordrhein-Westfalen eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit. Zahlreiche Unternehmen aus Industrie und Mittelstand wenden sich vom Standort ab.

So hat beispielsweise der Spezialchemiekonzern Lanxess zuletzt angekündigt am Standort Krefeld-Uerdingen die Hexan-Oxidation bis zum Jahr 2026 stillzulegen und den Betrieb für die Chromoxid-Produktion zu verkaufen.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht gebeten, mit welchen Maßnahmen sie eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen anstrebt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wieder herzustellen und die drohende Rezession und Wohlstandsverluste abzumildern.

Die Landesregierung wird gebeten hierbei insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Welche Bürokratieentlastungsmaßnahmen für Wirtschaft und Industrie plant die Landesregierung? (Bitte Entlastungspotential und Zielgruppe jeder Maßnahme angeben.)
2. Welche Maßnahmen für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren plant die Landesregierung (Bitte Maßnahmen nach Sachgebieten aufschlüsseln und Beschleunigungspotential ausweisen.)
3. Welche Maßnahmen und Initiativen plant die Landesregierung sowohl auf Landes- und Bundesebene, um Industrie und Wirtschaft bei der Steuer- und Abgabenlast zu entlasten?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL